




LBS Saar

Finanzbericht 2023

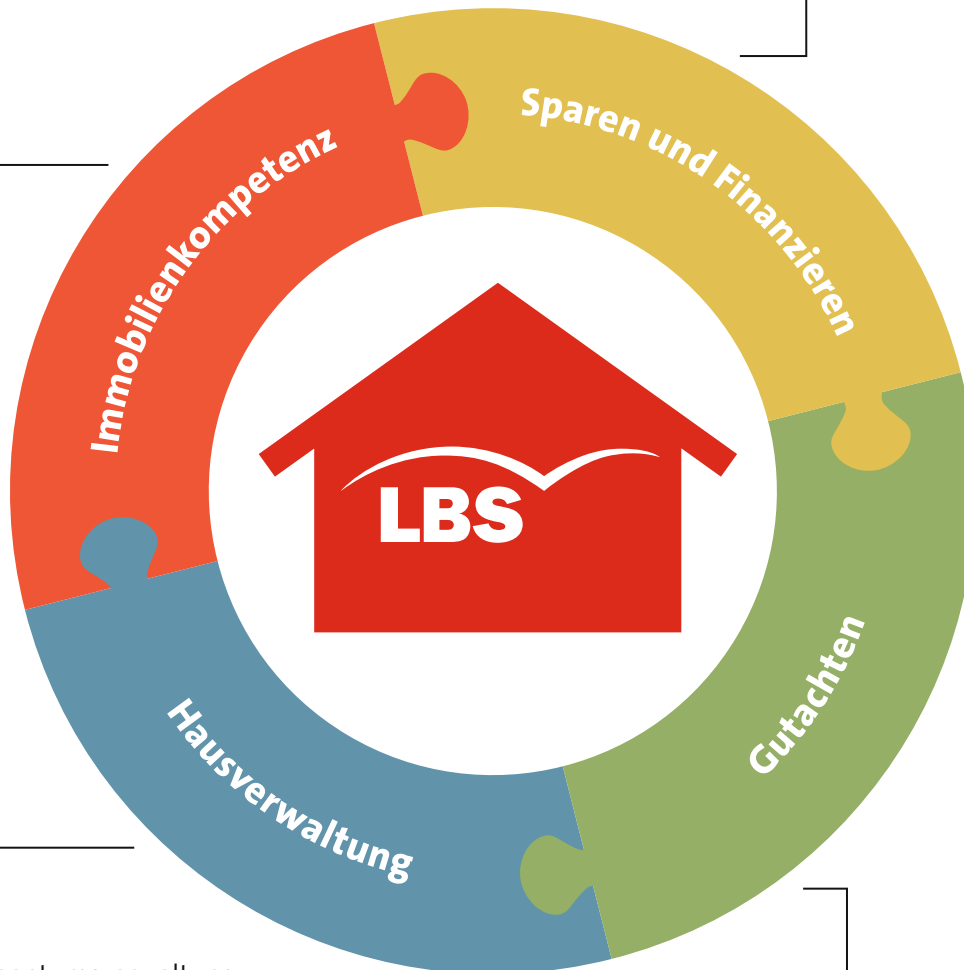
 Finanzgruppe

Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.

Ihr LBS-Rundumservice:

- Immobiliensuche
- Immobilienvermarktung
- Immobilienvermittlung
- Objektbesichtigung
- Preisermittlung
- Absicherung
- Immobilienvermittlung Frankreich

- Bausparen
- Finanzierungen
- Wohn-Riester und staatliche Förderungen
- Finanzierung von Wohneigentum in Frankreich
- Rundumservice für Immobiliensuchende



- Wohneigentumsverwaltung
- Mietverwaltung
- Sondereigentumsverwaltung
- Kaufmännische allgemeine Verwaltung
- Vertragliche Unterstützung
- Technische Betreuung

- Immobilienbewertung
- Baubegleitende Qualitätssicherung
- Energieberatung
- Energieausweis
- Bauschadengutachten

Inhalt

Vorwort Finanzbericht 2023	04
Lagebericht 2023	08
Jahresbilanz zum 31.12.2023	28
Gewinn- und Verlustrechnung	30
Anhang	32
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	39
Vorstand der Landesbank Saar	44
Geschäftsleitung der LBS Landesbausparkasse Saar	44
Verwaltungsrat	45
Bausparspezifische Angaben	46
Bewegung der Zuteilungsmasse 2023	47
Bericht des Verwaltungsrates	48
Gremiensitzungen 2023	51
Gewinnverwendungsbeschluss	52

Vorwort

Finanzbericht 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

die LBS Landesbausparkasse Saar kann auf ein anspruchsvolles Jubiläumsjahr 2023 zurückblicken. Auch 75 Jahre nach Gründung der saarländischen Bausparkasse ist die Attraktivität des Bausparens ungebrochen. Durch das stark gestiegene Marktzinsniveau profitierten vor allem Bausparerinnen und Bausparer von zinsgünstigen Darlehen aus zuteilungsreifen Bausparverträgen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden Bauspardarlehen in Höhe von 75 Mio. Euro ausgezahlt – eine nahezu Verdreifachung gegenüber dem Vorjahr. Die Darlehensneubewilligungen konnten insgesamt mit 162 Mio. Euro um 12 Prozent gesteigert werden. Mit einem Bausparneugeschäft von 454 Mio. Euro konnte das Vorjahresergebnis, das geprägt war vom Aufwind durch die rapide Trendwende am Zinsmarkt, nicht erreicht werden. Diese Entwicklung ist insbesondere auf den allgemein starken Rückgang des Vor- und Zwischenfinanzierungsgeschäfts und der damit fehlenden Möglichkeit der Unterlegung der Finanzierungen mit Bausparverträgen zurückzuführen. Die Verunsicherung in der Bevölkerung ist nach wie vor groß. Themen wie Inflation, Ukrainekrieg, Energiepreiskrise und auch die langwierige Diskussion um das Gebäudeenergiegesetz haben für starke Zurückhaltung am Finanzierungsmarkt gesorgt. Auf das veränderte Geschäftsumfeld konnte jedoch adäquat reagiert werden.

Der starke Zinsanstieg hat gezeigt, wie wichtig eine langfristige Zinsabsicherung ist – für anstehende Investitionen rund um die Immobilie, aber auch bei bestehenden Finanzierungen, für die keine dauerhafte Zinssicherheit besteht. Ein Bausparvertrag garantiert die günstigeren Darlehenszinsen gegenüber dem aktuellen Zinsniveau, das inzwischen deutlich höher liegt. Auch ein angemessenes Eigenkapital ist nach wie vor die wichtigste Basis für spätere Immobilienwünsche. Daher ist Vorsorgesparen wichtiger denn je. Ein wichtiges Signal zur Eigenkapitalbildung, gerade auch für die

junge Generation, hat die Politik durch die Anhebung der Einkommensgrenzen für die Arbeitnehmer-Sparzulage signalisiert. Dadurch können zusätzlich über 17 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von einer Zulage in Höhe von 43 Euro jährlich auf den Bausparvertrag profitieren.

Die Nachfrage nach gebrauchten Einfamilienhäusern ist für die LBS Immobilien GmbH solide. Die Kaufpreise für Bestandsimmobilien waren im vergangenen Jahr rückläufig – zu Beginn stärker, erholten sich dann aber gegen Ende wieder. Insgesamt stieg die Zahl der Käufe im vergangenen Jahr und zeigt, dass der Wunsch der Saarländerinnen und Saarländer nach einer eigenen Immobilie anhält. Die moderaten Preise in der Region sind für potenzielle Käufer und Investoren interessant. Durch die gestiegenen Marktzinsen sind jedoch vor allem Kapitalanleger dem Immobilienmarkt ferngeblieben. Planungen für Neubauwohnungen wurden von Bauträgern zum Teil gänzlich gestoppt und der Markt kam zeitweise zum Erliegen. Seit Ende 2023 ist wieder eine spürbare Nachfrage vorhanden – wenn Wohnungen fertig gestellt sind, werden sie auch verkauft. Der im Bundesvergleich niedrigere Mietpreismarkt des Saarlandes trifft derzeit auf eine starke Nachfrage mit geringem Angebot. Dies führt zu steigenden Mieten, vor allem bei energetisch gut sanierten Wohnungen. Die steigenden Mieten wiederum beeinflussen gleichzeitig das Kaufinteresse von Eigentumswohnungen positiv. Die LBS Immobilien GmbH konnte gemeinsam mit ihren Partnersparkassen 780 Immobilienobjekte vermitteln und dabei ein Kaufpreisvolumen von rund 143 Mio. Euro umsetzen.

Saarbrücken, im März 2024

gez. Sascha Matheis

gez. Nathalie Elz



Nathalie Elz, Mitglied der Geschäftsleitung und **Sascha Matheis**, Sprecher der Geschäftsleitung

LBS Landesbausparkasse Saar

LBS Saar
Beethovenstraße 35 – 39
66111 Saarbrücken
HRA 8589 Saarbrücken

Lagebericht 2023

der LBS Landesbausparkasse Saar

Vorbemerkungen	09
1 Ziele und Strategie	09
2 Geschäfts- und Rahmenbedingungen	10
3 Ertragslage.....	12
4 Finanzlage.....	13
5 Vermögenslage	14
6 Gesamtaussage zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	15
7 Unternehmenssteuerung.....	15
8 Risikobericht.....	16
9 Prognosebericht.....	23

Vorbemerkungen

Die LBS Landesbausparkasse Saar (im Folgenden „LBS“ genannt) wurde 1948 gegründet. Sie ist eine rechtlich unselbständige Einrichtung der Landesbank Saar (SaarLB). Träger der SaarLB und damit auch der LBS sind nach § 2 Abs. 1 der Satzung der SaarLB zum 31.12.2023 das Bundesland Saarland und der Sparkassenverband Saar.

Die Organe der SaarLB sind auch die Organe der LBS. Die Fachaufsicht üben die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und die Deutsche Bundesbank aus. Die Staatsaufsicht führt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr des Saarlands.

Die LBS gehört folgenden Verbänden und Organisationen an:

- dem deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen),
- der Europäischen Bausparkassenvereinigung (EuBV).

1 Ziele und Strategie

Die LBS ist gemeinsam mit der LBS Immobilien GmbH und der LBS Vertriebs GmbH als Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum „Rund um die Immobilie“ integraler Bestandteil der Sparkassen-Finanzgruppe Saar. Die Vertriebspartnerschaft mit den saarländischen Sparkassen hat eine zentrale Bedeutung für die geschäftliche Entwicklung der LBS, bisher insbesondere im Bausparneugeschäft. Daneben gewinnen die „Finanzierungen aus einer Hand (FaeH)“ an Bedeutung, wodurch die angeschlossenen Sparkassen Darlehen im Namen der LBS gewähren können.

Darüber hinaus wird die Kooperation mit den saarländischen Sparkassen über eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den genannten Gesellschaften in den Bereichen Bestandsbetreuung und Interessentenbetreuung ausgeweitet.

In ihren Büros bietet die LBS gemeinsam mit Mitarbeitern und Handelsvertretern ihrer Beteiligungsgesellschaften – u.a. Immobilienberater (Makler), Finanzierungsberater, Gutachter und den Hausverwaltern der IVS – ihre Dienstleistungen an, wodurch die Kunden von einem umfassenden Beratungsangebot profitieren sollen. Ziel ist es, für die Sparkassen-Finanzgruppe Saar insgesamt Marktpotenziale optimal zu erschließen und bestehende Kundenbeziehungen zu festigen.

Analog zur SaarLB als „Die deutsch-französische Bank“ hat die LBS ihre Frankreichkompetenz in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut. Das Frankreichgeschäft hat sich als wichtiger Teil des Geschäftes etabliert. Im Geschäft mit inländischen Kunden mit Finanzierungswünschen in Frankreich sollen sich bietende Geschäftschancen weiterhin konsequent genutzt werden. Insbesondere in Zusammenarbeit mit saarländischen Sparkassen betreut die LBS auch die Finanzierung französischer Immobilien in der Grenzregion.

2 Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Die LBS stützt sich bei den Darstellungen der wirtschaftlichen Entwicklung auf aktuelle Einschätzungen externer Institutionen, wie zum Beispiel die für die Landesbausparkasse relevanten Banken- und Wirtschaftsverbände.

Deutschland

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist das Bruttoinlandsprodukt 2023 preisbereinigt um 0,3 % gegenüber dem Vorjahr gesunken (2022: +1,8 %). Die Folgen der globalen Krisen belasten die deutsche Wirtschaft. Die nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen und ungünstige Finanzierungsbedingungen durch die steigenden Zinsen dämpfen die Konjunktur. Aufgrund des hohen Preisniveaus sanken die privaten Konsumausgaben um 0,8 % (2022: +3,9 %). Die Konsumausgaben des Staates waren vor allem durch den Wegfall staatlich finanzierter Corona-Maßnahmen ebenfalls mit 1,7 % rückläufig (2022: Anstieg 1,6 %). Die Exporte bzw. Importe sind preisbereinigt um 1,8 % bzw. 3,0 % gesunken (2022: Anstieg 3,3 % bzw. 6,6 %). Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes verlief die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich. Positive Impulse kamen beispielsweise aus dem Dienstleistungsbereich und der Automobilindustrie. In der energieintensiven Chemie- und Metallbranche sank die Produktion und Wertschöpfung. Im Bausektor machten sich die weiterhin hohen Baukosten und verschlechterte Finanzierungsbedingungen bemerkbar. Gemäß Statistischem Bundesamt liegt die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2023 bei 5,9 % und somit weiterhin auf hohem Niveau, jedoch unterhalb der Rekordinflationsrate von 6,9 % aus dem Vorjahr. Die Teuerungsraten im Jahresverlauf 2023 waren insbesondere durch die Preisanstiege für Nahrungsmittel getrieben.

Laut Dezember-Umfrage 2023 der Industrie- und Handelskammer (IHK) des Saarlandes wird die Stimmung in der Saarwirtschaft durch das schwache gesamtwirtschaftliche Umfeld, hohe Kostenbelastungen und

steigende Unsicherheiten negativ beeinflusst. Der IHK-Lageindikator, der die aktuelle Geschäftslage der Saarwirtschaft darstellt, liegt im Dezember 2023 bei 17,5 Zählern und somit unter dem Dezemberwert des Vorjahres (22,6 Zähler), der durch die Unsicherheiten der Energiekrise beeinflusst wurde. Diese Entwicklung ist insbesondere auf schwächere Lageeinschätzungen im Verarbeitenden Gewerbe als auch im Dienstleistungssektor zurückzuführen.

Frankreich

Frankreichs Wirtschaft zeigte sich trotz der globalen Krisen robust. Nach einer starken ersten Jahreshälfte 2023 fiel das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal leicht um -0,1 %, während es für das vierte Quartal laut Institut national de la statistique et des études économiques (INSEE) unverändert blieb. Insgesamt erreichte Frankreich 2023 somit ein reales Wachstum von 0,9 % (2022: +2,5 %). Die Stimmung war bei den Unternehmen zum Jahresende zurückhaltend. Für Verunsicherung unter den Unternehmen sorgten vor allem die angespannte globale Sicherheitslage bedingt durch Kriege, die nach wie vor hohen Energiekosten sowie die international schwache Nachfrage. Laut INSEE fiel der Geschäftsklimaindex im November 2023 auf 97 Punkte, was den tiefsten Stand seit April 2021 bedeutete. Zum Jahresende besserte er sich noch leicht auf 98 Punkte. Die Inflation Frankreichs zeigte sich im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Während sie 2022 rund 5,9 % betrug, wird sie sich nach Angaben von Statista im Jahr 2023 auf ca. 5,6 % belaufen.

Aufgrund der gestiegenen Finanzierungskosten sowie der insgesamt unsicheren Konjunktur war die Investitionsbereitschaft von Unternehmen in Frankreich rückläufig, insbesondere in den Bereichen Maschinen, Kfz und Baumaßnahmen. Stärker investiert wurde hingegen laut Germany Trade & Invest (GTAI) in Energieeffizienz, autonome Energieversorgung sowie Dekarbonisierung in der Produktion. Auf der Seite der Verbraucher stagnierte der Konsum 2023. Aufgrund der Zinswende waren Verbraucher bei der Tätigkeit größerer Investitionen sehr zurückhaltend, was zu einem historisch hohem Sparüberhang von 17,4 % der verfügbaren Bruttoeinkommen führte. Die Banque de France stellte für 2023 einen starken Rückgang der

privaten Investitionen um 3,6 % fest und prognostiziert für 2024 einen weiteren Rückgang um 4,9 %.

Geschäftsverlauf

2.1 Bauspar-Neugeschäft

Mit einem Neugeschäftsvolumen von EUR 454 Mio. konnten sowohl das Vorjahresniveau von EUR 613 Mio. als auch der Planwert von EUR 660 Mio. nicht erreicht werden. Diese Entwicklung ist insbesondere auf den Rückgang des Vor- und Zwischenfinanzierungsgeschäfts und der damit fehlenden Möglichkeit der Unterlegung der Finanzierungen mit Bausparverträgen zurückzuführen. Die Anzahl abgeschlossener Bausparverträge ist gegenüber dem Vorjahr von 8.509 Stück um 9,9 % auf 7.665 Stück zurück gegangen. Die durchschnittliche Bausparsumme ist von EUR 72.082 im Vorjahr auf EUR 59.179 im Berichtsjahr um 17,9 % gesunken.

Hauptvertriebspartner der LBS sind die saarländischen Sparkassen, die einen Vermittlungsanteil (Gesamtgeschäft Verbundpartner) von 79 % des Neugeschäfts erreichten. Die LBS unterstützt mit ihrem Außendienst die Sparkassen bei der Beratung der gemeinsamen Kunden. Bausparsummen in Höhe von EUR 97 Mio. (2022: EUR 111 Mio.) wurden in direkter Zusammenarbeit von LBS und Sparkassen abgeschlossen (Gemeinschaftsgeschäft Sparkassen und Außendienst).

2.2 Vertragsbestand

Zum Ende des Geschäftsjahres belief sich der eingelöste Vertragsbestand auf 92.742 Verträge (Vorjahr: 92.764 Verträge) mit einer Bausparsumme von EUR 5.068 Mio. (Vorjahr EUR 4.896 Mio.). Demzufolge steig die durchschnittliche Bausparsumme des Gesamtbestandes um 3,5 % von EUR 52.778 im Vorjahr auf EUR 54.649.

2.3 Zuteilungen

Die Zuteilungen entwickelten sich wie folgt:

Zuteilungen	31.12.2023 EUR Mio.	31.12.2022 EUR Mio.
Brutto-Zuteilung	235,9	205,8
Zuteilungsverzichte	67,7	92,0
Netto-Zuteilung	168,2	113,8

Insgesamt ist ein deutliches Wachstum der Zuteilungen festzustellen. Dies ist zum einen auf die Attraktivitätssteigerung des Produktes Bauspardarlehen aufgrund des Zinsanstieges zurückzuführen und zum anderen, dass vermehrt Bausparverträge aus Jahren mit hohem Bausparneugeschäft in die Zuteilung kommen.

2.4 Kreditgeschäft

Die Darlehensbewilligungen entwickelten sich wie folgt:

Darlehen	31.12.2023 EUR Mio.	31.12.2022 EUR Mio.
aus Zuteilungen	73,8	24,9
zur Vor- und Zwischenfinanzierung	20,1	55,6
Sonstige	68,2	64,1
Gesamt	162,1	144,7

Das Kreditgeschäft ist gegenüber dem Vorjahr um 12 % gestiegen. Die Planvorgabe von EUR 160 Mio. wurde leicht übertroffen. Die Kreditbewilligungen an Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten liegen um 63,9 % unter dem Vorjahresniveau, die Bewilligungen an sonstigen Baudarlehen sind im Vergleich zum Vorjahr um 6,3 % gestiegen. Eine deutliche Steigerung ist bei der Entwicklung der Bauspardarlehen aus Zuteilungen zu verzeichnen. Hier zeigt sich die wachsende Attraktivität der im Vergleich zum gestiegenen Marktzinsniveau zinsgünstigen Bauspardarlehen aus zuteilungsreifen Bauspartarifen. 52,1 % der Bauspardarlehen aus Zuteilungen wurden im Rahmen der FaEH bewilligt.

2.5 Frankreichgeschäft

Das Segment Frankreich hatte weiterhin einen maßgeblichen Anteil am außerkollektiven Neugeschäft der LBS (Baudarlehen zur Vor- und Zwischenfinanzierung sowie sonstige Baudarlehen). Die deutlich gestiegenen Bauzinsen in der Folge des allgemeinen Zinsaufschwungs in Verbindung mit Material- und Lieferengpässen und allgemeinen Preissteigerungen haben zu einem zurückhaltenden Investitionsvorhaben bei der Nachfrage nach Immobilienkrediten geführt. Dadurch ist der Anteil von 35,3 % im Vorjahr auf 32,7 % des Gesamtkreditneugeschäftes zurückgegangen.

Die Kreditbewilligungen sind von EUR 51,1 Mio. im Vorjahr auf EUR 52,9 Mio. gestiegen. Davon entfallen EUR 44,3 Mio. (Vorjahr: EUR 38,7 Mio.) auf sonstige Baudarlehen. Die Planvorgabe für das Frankreichgeschäft von EUR 80 Mio. wurde nicht erreicht.

2.6 Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Entwicklung der finanziellen Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2023 ist im Kapitel 7 „Unternehmenssteuerung“ ausführlich dargestellt.

3 Ertragslage

Die Ertragslage der LBS war auch im Geschäftsjahr 2023 zufriedenstellend.

3.1 Zinsergebnis

Der Zinsüberschuss liegt mit EUR 21,0 Mio. um EUR 0,5 Mio. über dem Vorjahresniveau (EUR 20,5 Mio.) und rd. EUR 0,2 Mio. über dem Planwert von EUR 20,8 Mio.

Der Bruttobestand der Bauspardarlehen 2023 ist aufgrund der gestiegenen Zinsentwicklung im Vergleich zum Vorjahr (EUR 43,9 Mio.) um EUR 54,3 Mio. auf EUR 98,2 Mio. angewachsen, was einer Verdoppelung des Zinsertrags aus Bauspardarlehen Nahe kommt (2022: EUR 1,0 Mio.; 2023: EUR 1,9 Mio.). Im außerkollektiven Kreditgeschäft lag der Zinsertrag mit EUR 24,6 Mio. leicht unter dem Vorjahresniveau (EUR 25,1 Mio.). Der Zinsertrag der Geldanlagen liegt mit insgesamt EUR 2,3 Mio. über dem Vorjahresniveau (EUR 1,7 Mio.). Dies resultiert aus gestiegenen Zinsen einer Geldanlage bei der

Deutschen Bundesbank über die SaarLB, sowie aus Erträgen einer Tagesgeldanlage. Die Durchschnittsverzinsung der Geldanlagen ist von 1,10 % auf 1,81% gestiegen. Vorfälligkeitsentschädigungen sind im Vergleich zum Vorjahr (EUR 1,2 Mio.) um EUR 0,7 Mio. auf EUR 0,5 Mio. gesunken.

Insgesamt beläuft sich der Zinsertrag auf EUR 28,8 Mio. und liegt um EUR 0,9 Mio. über dem Vorjahreswert (EUR 27,9 Mio.).

Der Zinsaufwand liegt mit EUR 7,8 Mio. um EUR 0,3 Mio. über dem Vorjahreswert von EUR 7,5 Mio., und über den Planwert von EUR 7,6 Mio. Dieser Umstand ist primär durch die höheren Zinsaufwendungen aus Fremdmittelaufnahmen bei der SaarLB bedingt, deren Durchschnittsverzinsung von 0,16 % im Vorjahr auf 0,69 % anstieg. Hingegen hat sich die Durchschnittsverzinsung der Bauspareinlagen durch den steigenden Anteil von Tarifen mit niedriger Einlagenverzinsung weiter reduziert (2022: 0,73 %, 2023: 0,64 %).

3.2 Provisionsergebnis

Das Provisionsergebnis beläuft sich auf EUR -2,5 Mio. (Vorjahr: EUR -2,9 Mio.) und liegt damit leicht über dem Planwert von EUR -2,4 Mio.

Der Provisionsertrag ging um EUR 0,5 Mio. auf EUR 7,0 Mio. (Vorjahr: EUR 7,5 Mio.) zurück. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf niedrigere vereinnahmte Kontoführungsgebühren und auf den Rückgang im Passivgeschäft und den damit verbundenen niedrigeren Erträgen aus Abschlussgebühren zurückzuführen.

Der Provisionsaufwand in Höhe von EUR 9,4 Mio. liegt insbesondere durch niedrigere Provisionsaufwendungen für Vertragsabschluss und Vertragsvermittlung sowie durch niedrigere Finanzierungsprovisionen für Vorfinanzierungskredite um insgesamt EUR 1,0 Mio. unter dem Vorjahresniveau von EUR 10,4 Mio.

3.3 Personal- und andere Verwaltungsaufwendungen

Der Verwaltungsaufwand liegt 2023 mit EUR 14,4 Mio. über dem Vorjahresniveau von EUR 13,9 Mio., allerdings leicht unter dem Prognosewert (EUR 14,8 Mio.). Der Personalaufwand ist insbesondere aufgrund der

tarifbedingten Erhöhungen um EUR 0,5 Mio. (7,7%) auf EUR 7,4 Mio. gestiegen (Vorjahr: EUR 6,9 Mio.). Der Sachaufwand liegt mit EUR 7,0 Mio. auf Vorjahresniveau und unter dem Planwert von EUR 7,5 Mio.

3.4 Betriebsergebnis vor Bewertung

Das Betriebsergebnis vor Bewertung und Steuerumlage (EUR 1,3 Mio.) liegt im Berichtsjahr mit EUR 5,5 Mio. um EUR 1,2 Mio. über dem Vorjahreswert (EUR 4,3 Mio.) und über dem Planwert (EUR 3,8 Mio.).

3.5 Bewertungsergebnis

Das Bewertungsergebnis vor Zuführung von Reserven gem. § 340f HGB fällt mit EUR -1,5 Mio. um EUR 1,1 Mio. schlechter aus als der Vorjahreswert (EUR -0,4 Mio.) und um EUR 0,3 Mio. schlechter als der angesetzte Planwert von EUR -1,2 Mio. Eine nennenswerte Auswirkung auf das Bewertungsergebnis hatte der realisierte Veräußerungsverlust von EUR 1,3 Mio. bei Abgang des Wertpapier-Spezialfonds zur Jahresmitte.

3.6 Jahresüberschuss

Das Ergebnis vor Steuerumlage und vor Zuführungen von Reserven gem. § 340f HGB beläuft sich auf EUR 4,0 Mio. und liegt damit um EUR 0,1 Mio. über dem Vorjahreswert (EUR 3,9 Mio.) und EUR 0,2 Mio. über dem Planwert von EUR 3,8 Mio.

Die LBS weist somit für 2023 nach Steuerumlage – die in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten ist (EUR 1,3 Mio.) – und einer Zuführung zur Vorsorge für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB einen Jahresüberschuss von EUR 1,2 Mio. (Planwert: EUR 1,2 Mio.) aus.

Die Kapitalrendite nach § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG, berechnet als Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,09 % (Vorjahr: 0,10 %).

4 Finanzlage

4.1 Grundsätze und Ziele des Finanzmanagements

4.1.1 Beschränkungen nach § 4 BSpKG

Die Anlage der verfügbaren Mittel in der LBS erfolgte ausschließlich nach den Vorgaben des § 4 Abs. 3 BSpKG.

4.1.2 Strategie „buy and hold“

Bei den Geldanlagen der LBS wird grundsätzlich eine „buy and hold“-Strategie verfolgt. Verkäufe werden nur zur Optimierung der Depotstruktur durchgeführt. Durch den Verkauf des Wertpapier-Spezialfonds im Jahr 2023 hält die LBS als Geldanlage lediglich Termingelder und die Einlagenfazilität bei der Deutschen Bundesbank über die SaarLB.

4.1.3 Nichthandelsbuchinstitut

Die LBS betreibt keinen Eigenhandel im Sinne des aktuellen Eingehens von Risiken, um durch Kauf und Verkauf von Wertpapieren kurzfristig Kursgewinne zu erzielen. Der Geschäftszweck ist nicht auf die Erzielung eines Handelserfolges ausgerichtet. Die Geldanlagen sind dem Anlagebuch zugeordnet.

4.2 Kapitalstruktur

4.2.1 Externe Finanzierungsquellen

Primäre Finanzierungsquelle sind Bauspareinlagen ggü. Kunden i.H.v. EUR 987,5 Mio. und Bauspareinlagen ggü. Kreditinstituten i.H.v. EUR 12,9 Mio. Darüber hinaus bestehen Fremdmittelaufnahmen bei der SaarLB i.H.v. EUR 191,1 Mio. Die Fälligkeitsstruktur der Refinanzierungsmittel ist aus dem Anhang zu entnehmen.

4.2.2 Interne Finanzierungsquellen

Die einzige wesentliche interne Finanzierungsquelle stellen die Gewinnrücklagen in Höhe von EUR 54,4 Mio. dar.

4.3 Zahlungsfähigkeit

Zur Steuerung der Liquidität erstellt die LBS eine Finanz- und Liquiditätsplanung, die auf der Kollektivplanung basiert.

Die Geldanlagen sind auf den voraussichtlichen Bedarf an liquiden Mitteln abgestimmt. Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gewährleistet. Nach der Finanz- und Liquiditätsplanung ist die Liquidität mittelfristig gesichert.

4.4 Außerbilanzielle Verpflichtungen

Die unwiderruflichen Kreditzusagen sind stichtagsbezogen von EUR 31,2 Mio. auf EUR 21,9 Mio. zum 31.12.2023 gesunken. Ausschlaggebend war die geänderte Zusammensetzung des Darlehensneugeschäftes

und damit andere Abrufbedingungen. Bauspardarlehen kommen i.d.R. direkt zur Auszahlung, wohingegen sonstigen Baudarlehen eine Abruffrist zugestanden wird.

5 Vermögenlage

5.1 Bilanzsumme

Die Bilanzsumme ist zum 31.12.2023 von EUR 1.280 Mio. im Vorjahr auf EUR 1.299 Mio. gestiegen.

5.2 Bauspareinlagen

Das Volumen an Bauspareinlagen konnte als Folge des zufriedenstellenden Neugeschäftes der letzten Jahre gegenüber dem Vorjahr (EUR 973,3 Mio.) weiter um EUR 27,1 Mio. auf EUR 1.000,4 Mio. gesteigert werden und liegt somit leicht über dem Planwert von EUR 999,8 Mio. Hintergrund ist der um 1,3 % erhöhte kollektive Geldeingang (2022: EUR 175,6 Mio.; 2023: EUR 178,0 Mio.).

Im Rahmen des Bestandsmanagements wurden wie in den Vorjahren Kündigungen von Bausparverträgen durchgeführt, die mit mehr als 100 % der Bausparsumme bespart sind, denn bei diesen Verträgen ist eine Kreditgewährung im Sinne des Kollektivgedankens nicht mehr möglich. Darüber hinaus wurden analog der Vorjahre Verträge gekündigt, bei denen 10 Jahre nach Erreichen der Zuteilungsvoraussetzungen kein Darlehen in Anspruch genommen worden war. Die Kündigungsauszahlungen an Bauspareinlagen liegen mit EUR 60,9 Mio. unter dem Vorjahreswert (EUR 85,3 Mio.), was an einer niedrigeren Anzahl an Verträgen liegt, welche die o.g. Voraussetzungen erfüllen.

5.3 Baudarlehen

Die Brutto-Bestände an Bauspardarlehen sind 2023 gegenüber dem Vorjahr (EUR 43,9 Mio.) deutlich gestiegen (+123,5 % auf EUR 98,2 Mio.) und liegen über dem Planwert von EUR 75,6 Mio. Ursächlich hierfür ist zum einen, dass verstärkt Tarife mit attraktiven Darlehenszinsen ggü. dem aktuellen Marktzinsniveau in die Zuteilung kommen und zum anderen, dass aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (hohe Inflation, Lieferkettenthematik) die Kunden eher kleinere Projekte i.S. der Modernisierung darstellen.

Im Bereich Vor- und Zwischenfinanzierungskredite hat sich der Bestand von EUR 583,7 Mio. im Vorjahr um etwa 6,0 % auf EUR 548,6 Mio. verringert (Plan: EUR 607,8 Mio.). Dieser Umstand ist auf die aktuelle Lage am Immobilienmarkt zurückzuführen (hohe Preise bei hohem Zinsniveau; hohe Bau- und Energiekosten), was Kunden negativ bei großen Investitionsentscheidungen beeinflusst. Gleichzeitig engen sich die Kapitaldienstrechnungen bei Kreditgewährung ein, da Kreditkosten und Lebenshaltungskosten überproportional zu den Reallöhnen gestiegen sind.

Der Bestand an sonstigen Darlehen erhöhte sich hingegen von EUR 515,1 Mio. im Vorjahr um EUR 14,8 Mio. auf EUR 529,9 Mio. (+2,9 %), (Plan: EUR 527,0 Mio.). Dieses Wachstum geht im Wesentlichen auf Kreditausreichungen in Frankreich zurück, welches aufgrund des vermögendere Kundenklientels nicht ganz so sensibel auf wirtschaftliche Veränderungen reagiert.

Auf das Frankreichgeschäft insgesamt entfallen EUR 510,0 Mio. (Vorjahr: EUR 513,1 Mio.) bzw. 43,3 % (Vorjahr: 44,9 %) der Baudarlehen.

5.4 Geld- und Kapitalmarktanlagen

Termingelder wurden in unveränderter Höhe von EUR 50,0 Mio., ausschließlich bei der SaarLB angelegt. Diese Position ist in den Forderungen an Kreditinstitute enthalten.

Der Spezialfonds (Nominalbetrag: EUR 62,5 Mio.) wurde im Geschäftsjahr aufgelöst.

5.5 Eigenkapital

Der nach Dotierung der satzungsmäßigen Rücklagen verbleibende Bilanzgewinn (EUR 1,1 Mio.) soll thesauriert werden und erhöht das Eigenkapital auf EUR 55,5 Mio. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB beläuft sich unverändert auf EUR 25,0 Mio.

Eigenmittelanforderung:

Zur Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderung verwendet die LBS den Kreditrisikostandardansatz (KSA) gemäß CRR/CRD IV. Zum 31.12.2023 beträgt die Gesamtkennziffer 15,60 % (Vorjahr: 15,87 %). Bei den zugrunde gelegten Eigenmitteln handelt es sich nahezu ausschließlich um Kernkapital. Demnach ist die LBS im Hinblick auf die Eigenmittelanforderungen

nach CRR/CRD IV nach unserer Auffassung zufriedenstellend kapitalisiert.

6 Gesamtaussage zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die LBS ist mit ihrem Kreditgeschäft in Deutschland und Frankreich weiterhin stabil aufgestellt.

Die steigenden Finanzierungskosten und die schwache Konjunktur haben die Neugeschäftsentwicklung im außerkollektiven Geschäft und im Passivgeschäft belastet. Mit den steigenden Zinsen gewinnt das Produkt Bausparen sowohl als Vorsorgeinstrument als auch zu Finanzierungszwecken wieder an Bedeutung.

Mittelfristig ist die aktuelle Zinsentwicklung daher positiv für die LBS zu beurteilen.

Die Grundsätze und Ziele des Finanzmanagements der LBS sind darauf ausgerichtet, die planmäßige Zuteilung der Bausparverträge sicherzustellen und die jederzeitige Zahlungsbereitschaft zu gewährleisten. Für die freien Bauspareinlagen kommt eine konservative Geldanlagestrategie im Sinne eines „buy and hold“ zum Einsatz. Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit war im Jahr 2023 sichergestellt.

Die Vermögenslage der LBS war durch die Ausweitung der Bauspareinlagen auf der Passivseite der Bilanz beeinflusst. Die gestiegenen Bauspareinlagen wurden zur Refinanzierung der wachsenden Bestände im Kreditgeschäft genutzt. Insgesamt war eine leichte Steigerung (+1,5 %) der Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen.

Die Entwicklung der wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren wird in dem Abschnitt 7 „Unternehmenssteuerung“ ausführlich beschrieben.

7 Unternehmenssteuerung

Die Grundlage der Planung bildet die GuV-orientierte Mehrjahresplanung, die auch das Jahresbudget enthält. Das Modell trifft Aussagen zur Entwicklung des

Bausparkollektivs und des außerkollektiven Geschäfts. Darüber hinaus sind die Liquiditätsplanung sowie die Erfolgskomponenten Bestandteile des Modells. Neben einem Basisszenario werden regelmäßig Risikoszenarien gerechnet. Die kurz-, mittel- und langfristigen Ergebnisse dieser Szenarien sind auch Bestandteil der Risikosteuerung.

Zur Ergebnissteuerung verwendet die LBS folgende finanzielle Leistungsindikatoren:

Harte Kernkapitalquote (CET1-Quote)

Die Kennziffer gem. Art. 92 CRR ermittelt sich als Quotient aus dem aufsichtsrechtlichen harten Kernkapital (CET 1) und der Gesamtrisikoposition und betrachtet somit die Effizienz des Kapitaleinsatzes. Zur Ermittlung der Risiken wird der Standardansatz verwendet. Zum Stichtag 31.12.2023 beträgt die CET1-Quote 14,9 % (Vorjahr: 15,1 %) und liegt somit deutlich über dem strategischen Anspruch von 13,0 % und dem Planwert von 13,6 %. Die Abweichung vom Planwert begründet sich in eingeplanten, aber nicht eingetretenen Risikoerhöhungen durch Nachlaufeffekte der Corona-Pandemie.

Cost-Income-Ratio (CIR)

Diese Kennziffer gibt Aufschluss über die Effizienz des Unternehmens. Dabei wird das Verhältnis zwischen Verwaltungsaufwand und der Summe der Bruttoerträge der LBS dargestellt. Die Bruttoerträge sind definiert als die Summe aus dem Zinsergebnis und dem Provisionsergebnis zzgl. des sonstigen betrieblichen Ergebnisses vor Steueraufwendungen. Für 2023 beträgt die CIR 72,2 %. Diese liegt unter dem Wert des Vorjahres (76,2 %) und unter der Planvorgabe (79,7 %). Die positive Abweichung zum Plan und zum Vorjahreswert ist im Wesentlichen auf die höheren Bruttoerträge zurückzuführen.

Rendite auf die Gesamtrisikoposition

Diese Quote entspricht der Relation aus Ergebnis vor Steuerumlage und vor Zuführungen von Reserven gem. § 340f HGB zu den risikogewichteten Aktiva. Zum 31.12.2023 beträgt sie 0,75 % (Vorjahr: 0,77 %). In der Planung für 2023 gingen wir für den Stichtag 31.12.2023 von einem Wert von 0,46 % aus. Die positive

Abweichung zur Planvorgabe liegt in einem im Vergleich zum Plan verbesserten Ergebnis vor Steuerumlage begründet.

8 Risikobericht

8.1 Risikomanagement

8.1.1 Risikostrategie

Kernleistungen der LBS sind das Bausparen und die Finanzierung von Wohnimmobilien. Dabei besteht eine Konzentration auf das Geschäftsgebiet Saarland sowie Frankreich (insbesondere Ile-de-France und Côte d'Azur). In Einzelfällen werden Geschäfte im übrigen Bundesgebiet und im übrigen EU-Raum abgeschlossen. Die Risiken aus dem Kreditgeschäft werden aufgrund der Struktur des durch Immobilien besicherten Mengengeschäfts als gering eingeschätzt.

Aufgrund der Vorgaben aus dem Bausparkassengesetz bewegen sich die Geldanlagen ausschließlich im Investmentgrade und somit im risikoarmen Bereich.

In der Risikostrategie werden jeweils für das Folgejahr das ökonomische Risikodeckungspotenzial und die einzuhaltenden Kapitalquotenanforderungen festgelegt. Für die wesentlichen Risiken mit Ausnahme des Zahlungsunfähigkeitsrisikos (Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelles Risiko) werden Limite definiert, bei deren Erreichen Gegenmaßnahmen einzuleiten sind. Des Weiteren werden in der Risikostrategie segmentbezogene Limitierungen und Neugeschäftsziele festgelegt.

Das Kollektivrisiko ist seit 01.01.2023 aufgrund des veränderten gesamtwirtschaftlichen Umfelds als neue wesentliche Risikoart hinzugekommen. Es resultiert aus unerwarteten Verhaltensänderungen der Bausparer, die zu erhöhtem Refinanzierungsbedarf führen können. Analog der übrigen wesentlichen Risikoarten wird das Kollektivrisiko seit 2023 separat limitiert.

8.1.2 Risikomanagementprozess – Funktional

8.1.2.1 Risikoidentifikation

Die Regelungen des § 25a KWG sowie der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (im Folgenden:

„MaRisk“) fordern eine systematische Analyse aller Risikofelder. Hierzu betrachtet die LBS sämtliche potenzielle Risiken im Rahmen der jährlichen Risikoinventur. Darüber hinaus setzt die LBS auf Gesamtbankebene ein Frühwarnsystem zur frühzeitigen Identifikation und Steuerung möglicher Risikopotenziale ein.

8.1.2.2 Risikobewertung

Die im Rahmen der Risikoinventur identifizierten Risikopotenziale sowie potenziell daraus entstehende Einzelrisiken werden dokumentiert und bewertet. In der Risikoinventur als wesentlich identifizierte Risiken werden quartalsmäßig überprüft und neu bewertet. Im Falle eines akut auftretenden Risikos sowie einer wesentlichen Verschlechterung bei bestehenden Risiken sind unverzüglich neue Risikobewertungen vorzunehmen.

8.1.2.3 Risikolimitierung

Die in der Risikoinventur identifizierten wesentlichen Risiken sind die Basis zur Limitierung der Risiken im Rahmen der Risikostrategie der LBS sowie in deren Risikotragfähigkeitsbetrachtung. Die internen Limite dienen der Risikobegrenzung sowie der frühzeitigen Identifikation von Handlungsbedarfen.

8.1.2.4 Überwachungs- und Berichtswesen

Die einzelnen Risiken werden dezentral in den Fachabteilungen identifiziert, überwacht und bewertet. Die Ergebnisse werden von der Einheit Rechnungswesen und Controlling analysiert, in einer IDV-Anwendung zentral weiterverarbeitet und dokumentiert. Diese Anwendung dient als Grundlage für die zentrale Überwachung und Steuerung der Risiken. Die Dezentralisierung des Systems fördert das Risikobewusstsein und nutzt die Kenntnisse des Fachbereichs bei der Risikobeurteilung. Durch die zentrale Koordination wird der Prozess gesteuert und überwacht. Mit der Zusammenfassung der Ergebnisse wird das Gesamtrisikoprofil der LBS erstellt. Die Geschäftsleitung, der Vorstand der SaarLB und das Aufsichtsorgan werden vierteljährlich über die Risikolage im Rahmen des standardisierten Berichtswesens informiert.

8.1.2.5 Steuerungs- und Überwachungssysteme

Durch das Risikomanagementsystem werden die

Risiken identifiziert, beurteilt, gesteuert, überwacht und kommuniziert. Zum Management der Risiken setzt die LBS Steuerungsinstrumente ein, die auf die betrieblichen und bausparkassenspezifischen Risiken abgestellt sind.

8.1.2.6 Risikotragfähigkeitsrechnung und Risikokapitalallokation

Die LBS hat entsprechend dem BaFin-Leitfaden „Aufsichtliche Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeit und deren prozessualer Einbindung in die Gesamtbanksteuerung“ sowohl einen ökonomischen als auch einen normativen Steuerungskreis implementiert. Während im ökonomischen Steuerungskreis der Schutz der Gläubiger vor Verlusten geprüft wird, steht im normativen Steuerungskreis die Fortführbarkeit der Geschäftstätigkeit insb. mit Blick auf die jederzeitige Einhaltung der Kapitalquoten im Fokus.

Der Prozess zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit umfasst die Risikoinventur, ein Risikotragfähigkeitskonzept mit einer Risikotragfähigkeitsrechnung, einer mehrjährigen Kapitalplanung bestehend aus einem Basisszenario und einem adversen Szenario sowie ergänzende Stresstests. Darüber hinaus werden die prozessualen Verknüpfungen zu den Strategien und den Risikosteuerungs- und Controllingprozessen beschrieben. Der Betrachtungshorizont der ökonomischen Risikotragfähigkeitsrechnung beträgt stets ein Jahr, während in der normativen Risikotragfähigkeitsrechnung ein mindestens dreijähriger Betrachtungshorizont zugrunde gelegt wird.

In der Geschäfts- und Risikostrategie für 2023 hat die LBS im Rahmen ihrer Risikotragfähigkeitsbetrachtung eine Aufteilung des ökonomischen Risikodeckungskapitals auf die einzelnen Risikoarten vorgenommen. In einem ersten Schritt wird das einsetzbare ökonomische Risikodeckungspotenzial mittels eines barwertnahen Ansatzes ermittelt. Dazu werden die verfügbaren Eigenmittel zuzüglich Reserven angerechnet, darüber hinaus werden die Ergebnisse des laufenden Jahres sowie der sog. BFA3-Saldo (Barwert-/Buchwert-Abgleich) berücksichtigt. Des Weiteren hält die LBS einen Puffer, der nicht explizit zur Abdeckung von Risiken verwendet wird, um ihrer Risikoneigung Rechnung

zu tragen. In einem zweiten Schritt wird das einsetzbare Risikodeckungspotenzial auf die wesentlichen Risikoarten nach MaRisk (mit Ausnahme des Zahlungsunfähigkeitsrisikos) verteilt und diese somit limitiert.

Die normative Risikotragfähigkeit beschreibt in einem mehrjährigen Planszenario sowie einem adversen Szenario die Kapitalausstattung der LBS Saar. Die Parametrisierung des adversen Szenarios ist an den EBA-Stresstest 2020 angelehnt und bildet einen schweren konjunkturellen Abschwung ab. Mit Blick auf die Relevanz für die LBS wird insb. eine adverse Entwicklung beim (Wohn-)Immobilienmarkt unterstellt. Darüber hinaus werden auch in der normativen Perspektive Mindestanforderungen definiert, die zwingend einzuhalten sind. Neben den regulatorischen Mindest-Kapitalanforderungen betrifft das auch Liquiditätskennzahlen, die Verschuldungsquote sowie die Großkreditgrenzen. Zur Risikofrüherkennung sind für alle steuerungsrelevanten Größen Frühwarnschwellen definiert.

8.1.3 Risikomanagementprozess – Organisatorisch

Die LBS hat als Spezialkreditinstitut die MaRisk selbstständig zu erfüllen. Unbeschadet der Gesamtverantwortung des Vorstandes der SaarLB ist die LBS-Geschäftsleitung verantwortlich für die Risikostrategie und das Risikomanagement der LBS. Auch die Ausgestaltung der Risikotragfähigkeitsrechnung fällt als Bindeglied zwischen festgesetzter Strategie und den internen Kontrollverfahren in den Verantwortungsbereich der Geschäftsleitung.

Die Risiken werden dezentral in den Fachabteilungen sowie zentral in der Abteilung Rechnungswesen und Controlling überwacht. Das Team Controlling dokumentiert die im Rahmen der Risikoinventur identifizierten Risiken, fasst diese systematisch zusammen, berechnet die Risikotragfähigkeit inkl. definierter Stresstests, ermittelt das Gesamtrisikoprofil, überwacht die Einhaltung der festgelegten Limite sowie Frühwarnschwellen und berichtet regelmäßig an die Geschäftsleitung.

Die aufsichtsrechtliche Funktionstrennung ist durch die Aufteilung der Geschäftsbereiche in Markt und Vertrieb (Markt gemäß MaRisk) sowie Marktservice (Marktfolge gemäß MaRisk) gewährleistet. Markt und

Vertrieb bzw. Marktservice sind hierbei unterschiedlichen Geschäftsleitern zugeordnet. Die Risikocontrolling-Funktion gemäß MaRisk wird durch die Abteilung Rechnungswesen und Controlling wahrgenommen, die dem für die Marktfolge zuständigen Geschäftsleiter zugeordnet ist. Die MaRisk-Funktion Leiter der Risikocontrolling-Funktion wird durch den Geschäftsleiter Marktfolge besetzt.

Das Risikomanagement der LBS wird regelmäßig durch die Interne Revision geprüft.

8.2 Adressenrisiko

Unter dem Adressenrisiko wird ein Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position verstanden, die durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich des Ausfalls des Schuldners bedingt ist.

Das Länderrisiko umfasst neben dem bonitätsinduzierten Länderrisiko auch das politische Risiko z. B. durch einen Transferstopp. Das Länderrisiko im Sinne eines Ausfalls oder einer Bonitätsveränderung eines Schuldners ist Teil des Adressenrisikos. Das Ländertransferisiko als Bestandteil des Länderrisikos ergibt sich dabei aus der Differenz des Risikos bei der Verwendung des Foreign Currency Rating und des Local Currency Rating. Die LBS geht ausschließlich Geschäftsbeziehungen innerhalb des Euroraums ein. Ein Ländertransferisiko kann somit nicht schlagend werden.

Die Steuerung des Adressenrisikos erfolgt im ersten Schritt auf Basis der Einzelkreditnehmer. Auf dieser Ebene greifen die Limitierungen nach Rating- und Größenklassen. Darüber hinaus hat die LBS eine Limitierung auf Ebene der Besicherung implementiert. Auf Portfolioebene werden die Limitierung der Größenklassen, der Branchen, der Regionen, der Besicherung sowie der Verteilung auf die einzelnen Ratingklassen zur Steuerung und zur Vermeidung von Risikokonzentrationen benutzt.

8.2.1 Adressenrisiko aus Kundengeschäften

8.2.1.1 Definition

Das Adressenrisiko im Kundengeschäft umfasst einerseits die Gefahr eines Verlustes durch einen drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines

originären Kredites sowie Eventualverbindlichkeiten wie beispielsweise Avale (Ausfallrisiko). Andererseits umfasst es auch die Gefahr, dass Sicherheiten teilweise oder ganz an Wert verlieren und deshalb zur Absicherung der Kredite nicht ausreichen oder sogar überhaupt nicht beitragen können (Sicherheitenverwertungs- und Einbringungsrisiko). Teil des Adressenrisikos im Kundengeschäft ist auch die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Ratingklasse) des Kreditnehmers ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread ggü. der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko).

Als Bausparkasse unterhält die LBS ein Retail-Portfolio im wohnwirtschaftlichen Bereich.

Kundenkreditportfolio der LBS		
Baudarlehen	Absolute Volumina EUR Mio.	Anteil an Bilanzsumme in %
Bauspardarlehen	98	7,5
Vor- und Zwischenfinanzierungen	549	42,3
Sonstige Darlehen	530	40,8
Gesamt	1.177	90,6

Steuerung und Limitierung Kreditbewilligungsprozess

Die LBS vergibt überwiegend grundpfandrechtlich besicherte Kredite an Eigennutzer als Kreditnehmer. Bzgl. der Größenklassengliederung bewegt sich die LBS im Wesentlichen im Mengengeschäft. Die Risiken aus dem Kreditbereich werden aufgrund der Struktur dieses Geschäftes als gering eingeschätzt.

Die intern festgelegte Höchstgrenze beträgt EUR 4 Mio. pro Engagement (Nettoengagement). Engagements mit einem Beleihungsauslauf von mehr als 60% des Beleihungswerts und einem Nettoengagement von mehr als TEUR 400 pro Kreditnehmereinheit werden als risikorelevantes Geschäft eingestuft. Ungeratete Engagements mit einem Nettoengagement

größer TEUR 400 werden – unabhängig von ihrer Besicherung – als risikorelevantes Geschäft eingestuft. Als nichtrisikorelevantes Geschäft werden die von saarländischen Sparkassen bewilligten „Finanzierungen aus einer Hand“ eingestuft.

Übersteigt ein Engagement die Höhe der individuell eingeräumten Kompetenz für eine Alleinbearbeitung, greift das 4-Augen-Prinzip. Generell werden Bewilligungen im Rahmen von elektronischen Stichproben geprüft.

Risikoklassifizierung

Im eigenbewilligten Geschäft setzt die LBS das LBS-Kundenscoring der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH, Berlin, sowie das Modul International Commercial Real Estate (ICRE) der RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG, München, ein. Im Rahmen der Bewilligung bildet das Scoring- / Ratingergebnis einen wichtigen Teilaspekt. Vor einer Entscheidung wird zusätzlich eine umfassende Detailprüfung durchgeführt.

Die Geschäfts- und Risikostrategie beinhaltet einen Cut-Off-Wert für Kreditneubewilligungen und Limitierungen des Kreditbestandes nach Branchen, Regionen, Größenklassen und Besicherung. Die Einhaltung dieser Parameter wird gemeinsam mit einer umfassenden Analyse des Kreditgeschäftes im vierteljährlichen Risikobericht an die Geschäftsleitung kommuniziert.

8.2.1.2 Quantifizierung des Risikos/der Risikovorsorge Risikotragfähigkeit

Zur internen Steuerung bewertet die LBS alle mit Adressrisiko behafteten Positionen des Kundengeschäfts mit ihrer Ratingnote und den institutsintern ermittelten LGD-Werten und berechnet das Adressrisiko des Gesamtportfolios mithilfe des Portfolio-modells CreditRisk+. Die ermittelte Verlustverteilung quantifiziert das Adressrisiko innerhalb eines Betrachtungszeitraums von einem Jahr zu einem Konfidenzniveau von 99,9%. Die Limitauslastung im Adressenausfallrisiko liegt zum 31.12.2023 mit 36,4% deutlich unter dem Vorjahreswert (56,7%) und damit im nicht-kritischen Bereich. Hintergrund dieser Reduktion der Limitauslastung ist die im Jahresverlauf

gestiegene Risikodeckungsmasse durch einen ansteigenden BFA3-Saldo, sowie die durch eine Rekalibrierung des Ratingtools „LBS-Kundenscoring“ verbesserte durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit.

Veränderung EWB-Bestand

Sobald Risikopotenziale erkennbar sind, z.B. bei auffälligen Engagements, bei Ad-Hoc-Informationen, nach Objektbewertung, bei Insolvenz sowie im risikorelevanten Kreditgeschäft bei einem Rückstand von drei und beim nicht-risikorelevanten Kreditgeschäft bei einem Rückstand von vier Monaten ist ein Engagement auf EWB-Bedarf zu prüfen und eine Entscheidung im 4-Augen-Prinzip zu treffen. Die Bemessung des Risikovorsorgebedarfs steht in Abhängigkeit von der aktuellen Sicherheitenbewertung.

Der EWB-Bestand hat sich im Berichtsjahr um TEUR 467 auf TEUR 3.387 reduziert. Die GuV-relevante Veränderung betrug TEUR 441 (Neubildung und Erhöhung TEUR 1.333; Auflösung TEUR 892), während im Berichtszeitraum ein Verbrauch von TEUR 908 zu verzeichnen war.

Verlustquote

Die Verlustquote (tatsächliche Verluste in Relation zum gesamten Kreditbestand) ist mit 0,077% im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr (0,000%) gestiegen liegt damit aber dennoch auf einem sehr geringen Niveau.

8.2.2 Adressenrisiko aus Eigengeschäft

8.2.2.1 Definition

Das Adressenrisiko im Eigengeschäft umfasst die Gefahr eines Verlustes, die aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Emittenten oder eines Kontrahenten (Migrations- oder Ausfallrisiko) resultieren kann. Ebenso besteht die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Ratingklasse) des Schuldners ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread ggü. Der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko).

Die LBS betreibt ausschließlich Geldmarkt- und Wertpapiergeschäfte unter Beachtung des § 4 Abs. 3 BSpKG. Dabei werden Gelder aus frei verfügbarer Liquidität in Form von Festgeldern bei der SaarLB angelegt.

8.3 Liquiditätsrisiken

8.3.1 Definition

Das Liquiditätsrisiko setzt sich allgemein zusammen aus dem Zahlungsunfähigkeits- und Refinanzierungs(kosten)risiko. Das Liquiditätsrisiko umfasst in beiden Bestandteilen auch das Marktliquiditätsrisiko, welches als Risiko definiert ist, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko stellt die Gefahr dar, Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachzukommen. Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko ist unabhängig von der Betrachtung in der normativen bzw. ökonomischen Perspektive.

Das Refinanzierungs(kosten)risiko bildet die Gefahr ab, dass die Refinanzierungskosten über der in der Planung angesetzten Höhe liegen.

8.3.2 Steuerung und Limitierung des Liquiditätsrisikos

Aufbauend auf einem bauparmathematischen Simulationsmodell wird zur Steuerung der Liquiditätsrisiken eine Finanzplanung mit einer integrierten Liquiditätsablaufbilanz erstellt. Die Finanzplanung wird im Wesentlichen von dem kollektiven und außerkollektiven Neugeschäft, der Zuteilungsplanung, den Marktzinssätzen sowie dem Provisions- und Verwaltungsaufwand bestimmt.

8.3.3 Quantifizierung des Risikos

Liquidity Coverage Ratio (LCR)

Die LBS quantifiziert ihr Liquiditätsrisiko gemäß den Vorgaben zur Berechnung der Liquidity Coverage Ratio (kurz: LCR). Hierfür werden die liquiden Aktiva der LBS den Nettzahlungsmittelabflüssen der nächsten 30 Tage gegenübergestellt. Die aufsichtsrechtliche Mindestquote liegt bei 100 % und wurde durch die LBS im Geschäftsjahr jederzeit erfüllt. Zum 31.12.2023 ergab sich für die Liquidity Coverage Ratio ein Wert von 160,5 % (Vorjahr: 167,6 %).

Liquiditätsrisiko aus unerwartetem Verhalten der Bausparer

Das Liquiditätsrisiko aus unerwartetem Verhalten der Bausparer wird von der LBS regelmäßig durch

Risiko- bzw. Stressszenarien in einem baupartech-nischen Modell berechnet und ist Bestandteil der Risikotragfähigkeitsbetrachtung. Diese Berechnungen werden mindestens quartalsweise durchgeführt. Ein Liquiditätsrisiko im Rahmen der ökonomischen Risikotragfähigkeit ergibt sich mittelfristig aufgrund des veränderten wirtschaftlichen Umfelds. Zur Minimierung des Liquiditätsrisikos aus dem unerwarteten Verhalten der Bausparer ist in den Allgemeinen Bausparbedingungen (ABB) der Tarife der LBS ein zeitlicher Verzug von drei Monaten zwischen dem Zeitpunkt der Zuteilung und dem Auszahlungszeitpunkt vorgesehen. Darüber hinaus können LBS-seitig Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet werden, um das Kollektivverhalten zu beeinflussen, bspw. die Nachforderung von Regelsparraten oder die Kündigung übersparter Verträge.

8.4 Marktpreisrisiken

Die LBS definiert Marktpreisrisiken als Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Risikofaktoren ergibt. Als Risikofaktor ist für das Portfolio der LBS „Zinsen“ relevant.

8.4.1 Definition

Das Zinsänderungsrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, die sich aus der Veränderung der risikolosen Zinskurve bzw. der unvollkommenen Korrelation bei anderen herangezogenen Zinskurven ergibt. Im Sinne dieser Definition werden alle zinstragenden Positionen betrachtet.

Das Zinsänderungsrisiko umfasst ebenfalls das Risiko, das sich aus einem signifikant negativen zinsabhängigen Abweichen vom prognostizierten Kundenverhalten innerhalb des Bausparkollektivs ergibt.

8.4.2 Steuerung und Limitierung der Marktpreisrisiken

Zinsänderungsrisiken im kollektiven Bereich ergeben sich aufgrund von Verhaltensänderungen der Bausparer und werden mittels baupartech-nischer Simulationsrechnungen in die Steuerung eingebunden. Zinsänderungsrisiken aus Inkongruenzen bei sonstigen Darlehen geht die LBS nur in geringem Umfang ein. Marktpreisrisiken werden im Rahmen der quartalsweisen

ökonomischen Risikotragfähigkeitsberechnung ermittelt und limitiert. Die Berechnung erfolgt mit Hilfe eines internen Modells, das neben dem sog. Positionsrisiko (Barwertveränderung durch Änderung der Zinskurve bei konstanten Cashflows) auch das Optionsrisiko mitberücksichtigt, das sich durch Verhaltensänderungen der Kunden ergeben kann (Barwertveränderung durch zinsinduzierte Änderung der Cashflows). Als zinsensitive Kollektivparameter hat die LBS Saar Darlehensverzichte, Ablösungen und Fortsetzungen identifiziert. Im außerkollektiven Geschäft werden Ablösungen und Sondertilgungen berücksichtigt. Die Steuerung erfolgt zusätzlich durch die GuV-Planung, die in die normative Risikotragfähigkeitsrechnung eingebunden ist. Darüber hinaus werden die Ergebnisse der Zinsbindungsbilanz in die Steuerung eingebunden.

Bei dem Wertpapierspezialfonds wurde bis zum Verkauf wöchentlich der Bestand auf mögliche Kursverluste untersucht. Der Wertpapierspezialfonds wurde im Anlagevermögen bilanziert, um der Anlagestrategie der LBS, Wertpapiere grundsätzlich bis zur Endfälligkeit zu halten, Rechnung zu tragen. Zum Zeitpunkt des Verkaufes bestanden stille Lasten i.H.v. EUR 1,2 Mio., die direkt abgeschrieben wurden.

Für das Zinsänderungsrisiko ist in der Geschäfts- und Risikostrategie gemäß den aufsichtsrechtlichen Vorgaben für den aufsichtsrechtlichen Standardzinsschock ein Limit von 20 % der anrechenbaren Eigenmittel und für den Frühwarnindikator von 15 % des harten Kernkapitals hinterlegt. Des Weiteren hat die LBS interne Schwellenwerte von 16 % bzw. 12 % definiert. Die Auslastungen der Limite und der internen Schwellenwerte sind Bestandteil des regelmäßigen Risikoberichtes an die Geschäftsleitung.

8.4.2.1 Quantifizierung des Risikos

Die LBS verwendet bei der Quantifizierung des Zinsänderungsrisikos einen Szenario-basierten Ansatz. In einem Basisszenario werden neben dem typischen Kundenverhalten auch tatsächlich genutzte Steueroptionen der LBS mitberücksichtigt, bspw. die Ausnutzung der LBS-seitigen Kündigungsoption bei übersparten Verträgen. Neben dem Basisszenario

werden zusätzlich sechs Risikoszenarien betrachtet, die auf den BaFin-Szenarien zum Zinsänderungsrisiko aufbauen und eine 99,9 %-Risikobetrachtung für qualitativ sehr unterschiedliche Verläufe ermöglichen. Auch hier werden neben den Kundenoptionen zusätzlich LBS-seitige Optionen einbezogen, die in der Praxis zur Verfügung stehen. Die Auslastung des internen Limits für Marktpreisrisiken zum 31.12.2023 beträgt 21,6 % (Vorjahr: 18,5 %).

Darüber hinaus werden die Auswirkungen auf das Betriebs- und Bewertungsergebnis im Basis- und im adversen Szenario im Rahmen der normativen Risikotragfähigkeitsrechnung quantifiziert.

8.5 Operationelle Risiken

8.5.1 Definition

Das operationelle Risiko ist die Gefahr eines Verlustes durch Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder von externen Einflüssen eintreten.

Zum operationellen Risiko zählen insbesondere die Risikounterarten Informationssicherheits-, Rechts-, Modell- und Personalrisiko; in allen Risikounterarten werden operationelle Risiken aus ausgelagerten Aktivitäten berücksichtigt. Strategische Risiken und Reputationsrisiken sind in der Definition des operationellen Risikos hingegen nicht enthalten.

Die LBS verpflichtet sich zu einem effizienten Management dieser Risiken, um das Unternehmen, seine Mitarbeiter und seine Kunden sowohl vor finanziellem Verlust als auch vor Verlust des Vertrauens und des öffentlichen Ansehens zu bewahren. Dies schließt die Prävention gegen Geldwäsche, betrügerische Handlungen, Terrorismusfinanzierung sowie Untreuehandlungen einschließlich Unterschlagung, Bilanzmanipulationen und sonstige Gesetzesverstöße mit ein.

Die LBS ist in das Management der operationellen Risiken der SaarLB eingebunden. In den Fachabteilungen werden die einzelnen Risiken überwacht, bewertet und an den Operational Risk Manager der LBS gemeldet.

Im Jahr 2023 wurde innerhalb der LBS drei Schadenfälle mit einem voraussichtlichen Schaden von TEUR 81 aus operationellen Risiken gemeldet. Darüber hinaus wurde die Rückstellung im Kontext der Bausparentgelte in der Ansparphase in diesem Jahr schrittweise von TEUR 880 auf TEUR 10 reduziert, da sich die Entschädigungsleistungen auf einem sehr geringen Niveau bewegt haben.

8.5.1.1 Steuerung und Limitierung des operationellen Risikos

Die LBS ist in das Management der operationellen Risiken der SaarLB eingebunden. Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements operationeller Risiken sind in der Leitlinie „OpRisk- Management und -Controlling“ der SaarLB detailliert beschrieben. Die Beurteilung operationeller Risiken erfolgt quantitativ über Szenarioanalysen sowie über eine Schadenfalldatenbank, ergänzt um das qualitative Instrument des Self Assessments.

Die Schadenfalldatenbank wird vierteljährlich ausgewertet und die Auswertung der Geschäftsleitung im Rahmen des Risikoberichts nach MaRisk zur Kenntnis gegeben.

Eine unmittelbare Limitierung von Verlusten aus operationellen Risiken ist nicht umfassend möglich. Die Zuweisung von Risikodeckungsmasse in der Risikotragfähigkeitsrechnung basiert auf den im ökonomischen Szenario quantifizierten Verlustpotenzialen. In erster Linie gilt es jedoch, Verluste so weit wie möglich durch angemessene Maßnahmen zu vermeiden, zu mindern oder zu übertragen. Bestimmte operationelle Risiken (nicht versicherbare Katastrophen u.Ä.) müssen oder können (z.B. bei Bagatellfällen) bewusst hingenommen werden. Die Steuerung der operationellen Risiken erfolgt über klar strukturierte Arbeitsprozesse und die darin enthaltenen Kontrollmechanismen. Diese werden darüber hinaus einer laufenden Überwachung und Anpassung unterzogen.

8.5.1.2 Risikohandbuch

Das Management der operationellen Risiken der LBS orientiert sich an der „Leitlinie OpRisk-Management und -Controlling“.

Für relevante Prozesse sind schriftlich fixierte Ordnungen erstellt sowie einzelne Verfahren beschrieben, um die Gefahr von operationellen Risiken zu reduzieren.

8.5.1.3 Quantifizierung des Risikos

In der (ökonomischen) Risikotragfähigkeitsrechnung werden operationelle Risiken auf Basis der Ergebnisse aus der Szenarioanalyse quantifiziert. Die Limitauslastung betrug zum 31.12.2023 36,6 % (Vorjahr: 22,8 %). Aufsichtsrechtlich werden operationelle Risiken entsprechend den Vorschriften des Standardansatzes nach CRR gemessen (31.12.2023: EUR 2,50 Mio.; Vorjahr: EUR 2,43 Mio.).

8.6 Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die Risikobewertungen zeigen, dass derzeit weder bestandsgefährdende noch entwicklungsbeeinträchtigende Risiken in Bezug auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erkennbar sind.

Zum Stichtag 31.12.2023 wurde ein ökonomisches Risikodeckungspotenzial von EUR 172,9 Mio. (Vorjahr: EUR 138,9 Mio.) ermittelt. Hiervon werden 80 % allokiert (EUR 138,4 Mio.) und zur Abdeckung der Risikokapitalbedarfe im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts zur Verfügung gestellt. Dieses bereitgestellte Risikotragfähigkeits-Gesamtlimit wurde zum 31.12.2023 zu 28,9 % ausgelastet (Vorjahr: 36,2%). Das schwächer ausgelastete RTF-Gesamtlimit ist in einer höheren Risikodeckungsmasse aufgrund eines gestiegenen BFA-3 Saldos begründet.

In der normativen Perspektive liegen zum Stichtag 31.12.2023 alle Kapitalquoten über dem internen Anspruchsniveau, so dass die Risikotragfähigkeit uneingeschränkt gegeben ist. Gleiches gilt für das Planszenario. Im Planungshorizont von drei Jahren erhöhen sich die Eigenmittel durch Gewinnthesaurierungen, gleichzeitig wird von einem Wachstum der Darlehensbestände und damit auch der Risikoaktiva ausgegangen. Die Kapitalquoten sinken hierdurch im Zeitverlauf. Im adversen Szenario werden die gesetzlichen Mindestanforderungen stets erfüllt. Die Eigenmittelzielkennziffer und die kombinierte Pufferanforderung werden durch die stark erhöhten Anforderungen im

Zeitverlauf unterschritten. Im Kontext eines schweren konjunkturellen Abschwungs, der im adversen Szenario abgebildet wird, ist eine Unterschreitung der kombinierten Pufferanforderung jedoch zeitweise zulässig. Der LBS stehen ausreichend Gegensteuerungsmaßnahmen im Falle einer adversen Entwicklung zur Verfügung.

Die LBS gehört dem Haftungsverbund der Sparkassenfinanzgruppe an.

9 Prognosebericht

9.1 Voraussichtliche Entwicklung mit wesentlichen Chancen und Risiken

9.1.1 Entwicklung des wirtschaftlichen und branchenspezifischen Umfeldes

Prognosen für das Wirtschaftswachstum in Deutschland

Der Geschäftsklimaindex des ifo Instituts, der die konjunkturelle Lage und die Erwartung der deutschen Unternehmen widerspiegelt, lag im Dezember 2023 bei 86,4 Punkten. Die Unternehmen waren weniger zufrieden mit der aktuellen Geschäftslage und die Erwartungen für das erste Halbjahr 2024 sind zurückhaltender. Somit hat sich die Stimmung in der deutschen Wirtschaft insgesamt eingetrübt. Gemäß Konjunkturprognose aus Januar 2024 erwartet das ifo Institut unter Berücksichtigung der Einsparungen des verabschiedeten Bundeshaushalts für 2024 einen Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes um 0,7% gegenüber dem Vorjahr. In der im Dezember 2023 veröffentlichten Konjunkturprognose prognostiziert das ifo Institut für das Jahr 2024 eine Inflationsrate (harmonisiert) von 2,1%. Gemäß Monatsbericht Dezember 2023 der Deutschen Bundesbank wird für 2024 ein Anstieg des Bruttoinlandsproduktes (preisbereinigt) um 0,4% gegenüber dem Vorjahr und eine Inflationsrate (harmonisiert) von 2,7% prognostiziert.

Gemäß der IHK des Saarlandes verharrt der IHK-Erwartungsindikator im Dezember 2023 mit -12,7 Zählern im negativen Bereich. Aufgrund der Verunsicherung bei Investoren und Verbrauchern werden keine Impulse aus der Binnennachfrage nach Investitions- und langlebigen Konsumgütern erwartet. Das Exportgeschäft

der Saarländischen Wirtschaft liegt derzeit auf Rekordkurs, kann jedoch die fehlenden Wachstumsimpulse nicht vollständig kompensieren. Die IHK betont, dass die Politik bei Themen wie Deregulierung, Bürokratieabbau und Steuern gefordert ist, um die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu stärken.

Prognosen für das Wirtschaftswachstum in Frankreich

Prognosen für das Wirtschaftswachstum hängen stark von der zukünftigen Entwicklung verschiedener Faktoren ab. So wird zum einen die weitere Entwicklung der geopolitischen Krisen bspw. in der Ukraine sowie in Israel von Bedeutung sein, zum anderen aber auch der weitere Verlauf wirtschaftlicher Faktoren in Europa und Frankreich selbst wie der Leitzins und die Inflation. Die Banque de France geht davon aus, dass das Wirtschaftswachstum 2024 in Frankreich mit einem Zuwachs von 0,9% noch verlangsamt sein wird, bevor es 2025-2026 wieder stärker zunehmen soll. Das gleiche Bild zeigt sich bei den Unternehmensinvestitionen. Vor dem Hintergrund der deutlich gestrafften Geldpolitik ging das Investitionsvolumen deutlich zurück, laut Prognosen der Banque de France soll dieser Wert 2024 seinen Tiefpunkt erreichen und erst 2025 wieder an Dynamik gewinnen. Dem versucht die französische Regierung mit dem Konjunkturprogramm „France 2030“ entgegenzutreten. Mit einem Fördervolumen von EUR 54 Mrd. soll zur Stärkung der Wirtschaft beigetragen sowie Reindustrialisierung vorangetrieben werden. Auf Haushaltsebene sollen 2024 durch Einsparungen bis zu EUR 16 Mrd. mehr zur Verfügung stehen. So sollen allein durch die Abschaffung der Obergrenze für Strom- und Gaspreise EUR 10 Mrd. mehr zur Verfügung stehen. Diese war kurzfristig eingeführt worden, um die aufgetretene Energiekrise abzuschwächen. Außerdem wird von einem weiteren Rückgang der Inflation ausgegangen, die 2024 bei ca. 2,5% liegen soll. Nach einem Rückgang der Reallöhne 2023, sollen diese in Verbindung mit der Arbeitsproduktivität 2024-2026 wieder zulegen.

Prognose Geldpolitik

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank ist darauf ausgerichtet, die Gefahr einer dauerhaften Erhöhung der

Inflationserwartung entgegenzuwirken. Das ifo Institut geht in der Konjunkturprognose aus Dezember 2023 davon aus, dass aufgrund der mittlerweile wieder sinkenden Inflation der Zinshöhepunkt überschritten sein dürfte und rechnet damit, dass die Europäische Zentralbank im Frühsommer eine erste Leitzinssenkung beschließt.

9.1.2 Neugeschäft

Das Geschäftsumfeld der Landesbausparkassen wird geprägt durch einen verschärften Wettbewerb im Baufinanzierungsbereich. Die Rahmenbedingungen auf dem Finanzmarkt gestalten sich nach wie vor schwierig. Das aktuell höhere Zinsniveau wird durch die LBS sowie die Bausparbranche jedoch als Chance gesehen. Wir erwarten eine leicht steigende Nachfrage nach Bausparneugeschäft, basierend auf dem Bedürfnis der Kunden nach einer strukturierten Bildung von Eigenkapital sowie einer langfristigen Zinssicherung.

Die LBS hat mit ihren Produkten und der Erweiterung ihres Angebotes um die Leistungen „Rund um die Immobilie“ vielfältige Möglichkeiten der Kundenansprache und Chancen, die sie aktiv nutzt, um die Marktpotenziale optimal zu erschließen. Dabei setzt die LBS weiterhin auf die Zusammenarbeit mit saarländischen Sparkassen und den eigenen Vertrieb. Die staatliche Förderung des Wohnungsbaus und der Eigenkapitalbildung sowie positive Steuereffekte schaffen zusätzliche Impulse für ein stabiles Neugeschäft.

Ziel der strategischen Maßnahmen für 2024 ist es, gemeinsam mit den saarländischen Sparkassen durch die Nutzung der vorhandenen Potenziale das Bausparneugeschäft auf EUR 510 Mio. (2023: EUR 453 Mio.) zu steigern.

Wir streben im Jahr 2024 ein Kreditneugeschäft leicht über dem Niveau des Vorjahres (EUR 162,1 Mio.) mit einem Planwert von EUR 168 Mio. an.

Der Anteil des Frankreichgeschäfts ist mittelfristig mit ca. 50 % am außerkollektiven Kreditneugeschäft geplant (Bestandsanteil 2023: 43,3 %). Wir gehen davon aus, dass die Verbraucher weiterhin ein hohes Interesse an einer energetischen Sanierung ihrer Immobilie

haben und dadurch die Nachfrage nach Krediten gestützt wird.

Die Entwicklung des Bausparneugeschäfts und Kreditgeschäfts sind von der Entwicklung der Inflations- und Marktziensentwicklung, sowie der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung im Saarland und in Frankreich beeinflusst.

9.1.3 Vermögenslage

Wir erwarten, dass das Kundenkreditvolumen ausgebaut werden kann, welches primär durch Bauspardarlehen (2023: EUR 98,2 Mio.; Plan: EUR 140,2 Mio.) getrieben wird. Dabei wirkt sich einerseits die Vergabe von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten aus zurückliegenden Geschäftsjahren stabilisierend aus, die bei Zuteilung von Bausparverträgen in Bauspardarlehen übergehen. Andererseits verändert sich das Kundenverhalten hin zu mehr Zuteilungsannahmen aus bestehenden Verträgen. Dieser Umstand spiegeln die attraktiven Zinskonditionen des Produktes wider, allerdings auch die Notwendigkeit der Modernisierung und Sanierung in Anbetracht steigender Energiekosten.

Neben dem Aktivgeschäft im Saarland nimmt die Kreditvergabe in Frankreich weiterhin eine zentrale Rolle im Geschäftsmodell der LBS ein. Bei den Frankreichfinanzierungen handelt es sich um Vermittlungen aus der langjährigen Kooperation mit ausgewählten Vermittlern/Tippgebern sowie um Geschäfte mit Grenzgängern (Deutsche im französischen Grenzraum). Das Frankreichgeschäft soll hinsichtlich der Begleitung der inländischen Kunden mit Finanzierungswünschen in Frankreich weiter intensiviert werden. Hierbei unterstützen wir auch die Sparkassen mit unserer Expertise.

Bei den außerkollektiven Krediten wird erwartet, dass die Bestände aufgrund eines im Vergleich zu den Vorjahren verringerten Neugeschäfts (v.a. bei Vorfinanzierungskrediten) leicht zurückgehen (2023: EUR 1.078,4 Mio.; Plan: EUR 1.058,8 Mio.).

Bei den Bauspareinlagen wird in Folge des Neugeschäfts mit Bauspardarlehen mit einer leichten

Bestandsabnahme (2023: EUR 1.000,4 Mio.; Plan: EUR 981,2 Mio.) gerechnet.

9.1.4 Ertragslage

Die anspruchsvollen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen belasten aktuell den Immobilienmarkt und die Ertragsmöglichkeiten der LBS. Dem stehen steigende Ertragspotenziale aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus sowie eine wachsende Attraktivität des Bausparprodukts entgegen. Die Passivseite der Bilanz ist durch stabile Zinszahlungen auf die Bauspareinlagen geprägt, während die Aktivseite mit dem Kreditgeschäft und Anlagemöglichkeiten stärker von den aktuellen Marktkonditionen abhängig ist.

Der Zinsertrag wird zwar im Jahr 2024 im Vorjahresvergleich spürbar steigen (2023: EUR 28,8 Mio.; Plan: EUR 32,2 Mio.). Demgegenüber steht allerdings auch ein fast effektausgleichender Zinsaufwand aus Fremdmittelaufnahmen. Positiv auf den Zinsaufwand wirkt eine rückläufige, kollektive Durchschnittsverzinsung, wobei dieser in Summe merklich aufgrund höherer Refinanzierungskosten ansteigen wird (2023: EUR 7,8 Mio.; Plan: EUR 10,7 Mio.). Bei planmäßiger Entwicklung gehen wir für das Jahr 2024 insgesamt von einem leicht steigenden Zinsüberschuss (2023: EUR 21,0 Mio.; Plan: EUR 21,5 Mio.) aus.

Wir gehen von einem Provisionsergebnis auf Vorjahresniveau (2023: EUR -2,5 Mio.) aus.

Im Verwaltungsaufwand ist mit mäßig steigenden Kosten zu rechnen, was vornehmlich im Sachaufwand begründet ist. Der Sachaufwand wird aufgrund höherer IT-Kosten im Zuge einer Systemmigration über dem Vorjahresniveau liegen (2023: EUR 7,0 Mio.; Plan: EUR 8,1 Mio.). Der Personalaufwand hingegen wird voraussichtlich leicht unter dem Niveau des Jahres 2023 von EUR 7,4 Mio. (Plan: EUR 7,3 Mio.) liegen.

Für das Jahr 2024 geht die LBS von einer im Vergleich zum Wert für das Jahr 2023 (EUR 1,5 Mio.) leicht sinkenden Risikovorsorge (Plan: EUR 1,2 Mio.) aus.

Insgesamt gehen wir im Jahr 2024 auf Basis der oben gemachten Aussagen und insbesondere wg. des

wegfallenden Einmaleffektes aus einer Rückstellungsauflösung im Vergleich zum Jahr 2023 (2023: EUR 4,0 Mio.) von einem, deutlich sinkenden Betriebsergebnis vor Steuerumlage und Reservenbildung aus (Plan: EUR 2,6 Mio.).

Der Jahresüberschuss wird voraussichtlich auf dem Niveau des Jahres 2023 (EUR 1,2 Mio.) liegen.

Wir gehen davon aus, dass sich die Cost-Income-Ratio im Vergleich zum Jahr 2023 von 72,2% merklich verschlechtern wird (Plan: 80,1%), sich aber mittelfristig aufgrund der Ertragslage und besserer Sachkostenlage verbessert. Aufgrund des zwar steigenden Zinsüberschusses, aber stärker steigenden Risikopositionen wird sich die Rendite auf die Gesamtrisikoposition (2023: 0,75%; Plan: 0,47%) deutlich verschlechtern. Die CET1-Quote dürfte sich durch konservativ geplante, steigende Risikopositionen leicht verringern (2023: 14,9%; Plan: 14,3%).

9.1.5 Risikoausblick

Die Risiken der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung liegen in der aktuellen politischen Entwicklung und damit verbunden in der Entwicklung der Zinsen und der Inflationsrate.

Eine volatile Zinsentwicklung kann sich negativ auf den Zinsüberschuss der LBS auswirken. Darüber hinaus können unerwartete Zinsentwicklungen zu einer Veränderung des Kundenverhaltens und damit verbundenen Auswirkungen auf die kollektiven Zahlungsströme führen, was unerwartete Veränderungen des Zinsüberschusses nach sich ziehen kann.

Die LBS stellt sich zeitnah auf diese konjunkturellen und geldpolitischen Entwicklungen ein. Jedoch bedingt das Geschäftsmodell einer Bausparkasse, dass durch den systemimmanenten Vorsparprozess bis zur Bauspardarlehensgewährung einige Jahre vergehen. Dabei können aktuelle Marktzinsentwicklungen nur bedingt antizipiert werden.

Aufgrund der Erkenntnisse der letzten Jahre gehen wir 2024 nicht von einem erhöhten Risikovorsorgebedarf aus.

Im Anlagegeschäft geht die LBS nicht von erhöhten Risiken aus.

9.2 Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung der LBS

Das Geschäftsmodell der LBS, bestehend aus Bausparneugeschäft, Kreditgeschäft und Dienstleistungen rund um die Immobilie, gebündelt mit einer intensiven Vertriebspartnerschaft im Verbund, sehen wir als entscheidende Faktoren für die nachhaltige Zukunfts- und Tragfähigkeit unserer Bausparkasse.

Die Ertragslage ist auch im aktuellen Marktumfeld gefestigt. Der zu erwartende Gewinn wird die Eigenkapitalbasis weiter stärken. Wir gehen weiterhin von einer geordneten Vermögens- und Ertragslage aus.

Wir werden die aktuellen Marktentwicklungen laufend beobachten, neu bewerten und – soweit möglich – entsprechende Handlungsalternativen umsetzen.

Saarbrücken, 8. März 2024

Landesbank Saar

Der Vorstand

Dr. Thomas Bretzger

Gunar Feth

Frank Eloy

Jahresbilanz

zum 31. Dezember 2023
der LBS Landesbausparkasse Saar

Aktivseite

	2023			2022
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Forderungen an Kreditinstitute				
a) Bauspardarlehen		0,00		0
b) andere Forderungen		127.016.908,12	127.016.908,12	77.359
darunter:				77.359
täglich fällig	EUR	75.445.626,46		26.687
2. Forderungen an Kunden				
a) Baudarlehen				
aa) aus Zuteilungen (Bauspardarlehen)		94.973.027,04		41.126
ab) zur Vor- und Zwischenfinanzierung		544.232.950,25		579.314
ac) sonstige		526.828.213,00	1.166.034.190,29	512.446
darunter:				1.132.886
durch Grundpfandrechte gesichert	EUR	997.750.255,57		972.215
b) andere Forderungen			3.917.682,15	1.169.951.872,44
				3.879
				1.136.765
3. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				
Wertpapiere			0,00	63.717
4. Beteiligungen			843,63	843,63
darunter:				1
an Kreditinstituten	EUR	0,00		
an Finanzdienstleistungsinstituten	EUR	0,00		
5. Anteile an verbundenen Unternehmen			325.000,00	325.000,00
darunter:				325
an Kreditinstituten	EUR	0,00		
an Finanzdienstleistungsinstituten	EUR	0,00		
6. Sonstige Vermögensgegenstände			2.055.570,05	1.514
Summe der Aktiva			1.299.350.194,24	1.279.681

Passivseite

	2023			2022
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber				
Kreditinstituten				
a) Bauspareinlagen		12.868.464,01		23.889
darunter:				
auf gekündigte Verträge	EUR	0,00		(0)
auf zugeteilte Verträge	EUR	0,00		6.006
b) andere Verbindlichkeiten		209.451.319,35	222.319.783,36	211.207
darunter:				235.096
täglich fällig	EUR	4.934.596,32		4.396
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Einlagen aus dem Bauspargeschäft				
und Spareinlagen				
aa) Bauspareinlagen		987.543.251,35	987.543.251,35	949.445
darunter:				
auf gekündigte Verträge	EUR	12.757.186,88		3.417
auf zugeteilte Verträge	EUR	26.521.055,67		26.032
b) andere Verbindlichkeiten				949.445
ba) täglich fällig		2.466.298,78	2.466.298,78	7.975
				957.420
3. Sonstige Verbindlichkeiten			1.998.954,68	1.906
4. Rechnungsabgrenzungsposten			7.072,00	12
5. Rückstellungen				
a) andere Rückstellungen		4.550.078,77	4.550.078,77	6.007
				6.007
6. Fonds zur baupartechnischen				
Absicherung			21.000,00	21
7. Fonds für allgemeine Bankrisiken			24.972.000,00	24.972
8. Eigenkapital				
a) Gewinnrücklagen				
aa) satzungsmäßige Rücklagen		45.741.915,73	45.741.915,73	45.619
				45.619
ab) andere Gewinnrücklagen		8.627.339,57	8.627.339,57	7.525
				7.525
b) Bilanzgewinn		1.102.500,00	55.471.755,30	1.103
				54.247
Summe der Passiva			1.299.350.194,24	1.279.681
1. Andere Verpflichtungen				
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen			21.863.675,14	31.207

Gewinn- und Verlustrechnung

der LBS Landesbausparkasse Saar
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

	2023				2022
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften					
aa) Bauspardarlehen	1.823.732,37				1.005
ab) Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	12.061.770,66				12.517
ac) sonstigen Baudarlehen	10.994.041,33				10.001
ad) sonstigen Kredit- und Geldmarktgeschäften	3.911.997,58	28.791.541,94			3.568
					27.091
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		0,00	28.791.541,94		0
					27.091
2. Zinsaufwendungen					
a) für Bauspareinlagen		6.295.878,17			7.043
b) andere Zinsaufwendungen		1.465.620,92	7.761.499,09	21.030.042,85	436
					7.479
					19.612
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			0,00		800
b) Beteiligungen			0,00		0
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			0,00	0,00	0
					800
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				0,00	59
5. Provisionserträge					
a) aus Vertragsabschluss und -vermittlung		5.898.578,35			6.193
b) aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung		0,00			0
c) aus Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten		0,00			0
d) andere Provisionserträge		1.062.000,31	6.960.578,66		1.315
					7.508
6. Provisionsaufwendungen					
a) Provisionen für Vertragsabschluss und -vermittlung		8.332.016,58			8.887
b) andere Provisionsaufwendungen		1.099.106,70	9.431.123,28	-2.470.544,62	1.471
					10.358
					-2.850
7. Sonstige betriebliche Erträge				2.251.396,55	2.001
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		5.832.160,24			5.393
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung		1.550.233,24	7.382.393,48		1.463
	EUR 434.507,23				6.856
					(399)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			7.002.289,86	14.384.683,34	6.997
					13.853
Übertrag:				6.426.211,44	5.769

	2023				2022
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
Übertrag:				6.426.211,44	5.769
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen				2.157.403,66	2.741
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				2.974.072,00	418
11. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				0,00	0
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				0,00	0
13. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				0,00	0
14. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				0,00	1.385
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme				69.735,78	0
16. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				1.225.000,00	1.225
17. Außerordentliche Erträge			0,00		0
18. Außerordentliche Aufwendungen			0,00		0
19. Außerordentliches Ergebnis				0,00	0
20. Jahresüberschuss				1.225.000,00	1.225
21. Nicht verwendeter Gewinn aus dem Vorjahr				0,00	0
22. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in satzungsmäßige Rücklagen				-122.500,00	-122
23. Bilanzgewinn				1.102.500,00	1.103

Anhang der LBS

Landesbausparkasse Saar

Allgemeine Angaben

Die LBS Landesbausparkasse Saar (LBS) ist eine rechtlich unselbstständige Einrichtung der Landesbank Saar (SaarLB) mit Sitz in Saarbrücken.

Der Jahresabschluss der LBS wird in den Jahresabschluss der SaarLB einbezogen. Dieser wird auf der Internetseite der SaarLB veröffentlicht. Der Abschluss der LBS ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches sowie den ergänzenden Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz entspricht dem Formblatt 1 gemäß § 2 Abs. 1 RechKredV und die Gliederung der GuV dem Formblatt 3 in Staffelform gemäß § 2 Abs. 1 RechKredV einschließlich der besonderen Angaben für Bausparkassen. Die LBS ist aufgrund von § 18 Abs. 2 Bausparkassengesetz verpflichtet, einen eigenen Abschluss aufzustellen.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Ansatz von Vermögensgegenständen, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Aufwendungen und Erträgen wird nach den Vorschriften der §§ 246 ff. HGB, die Bewertung der Vermögens- und Schuldposten entsprechend §§ 252 ff. HGB vorgenommen, soweit nicht in §§ 340a ff. HGB Sonderregelungen für Kreditinstitute bestehen.

Die Forderungen werden mit dem Nennwert bilanziert. Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennwert und dem Auszahlungsbetrag werden in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und entsprechend über die Laufzeit bzw. Festzinsbindung aufgelöst.

Für akute Ausfallrisiken werden bei den Forderungen an Kunden in Höhe des zu erwartenden Ausfalls Einzelwertberichtigungen vorgenommen. Einzelwertberichtigungen werden für grundpfandrechtlich besicherte Forderungen als Differenz zwischen Forderungsbetrag und erwartetem Realisationswert aus grundpfandrechtlich bestellten Immobiliensicherheiten bestimmt. Blankokredite werden in der Regel komplett wertberichtigt.

Für latente Ausfallrisiken werden Pauschalwertberichtigungen auf Basis erwarteter Ausfallwahrscheinlichkeiten und erwarteter Verluste bei Ausfall gebildet (geschätzter Einjahresverlust), wobei die Vorschriften des IDW RS BFA 7 nach dem sog. Bewertungsvereinfachungsverfahren seit dem Jahr 2022 beachtet werden. Hierbei wird zwischen kollektivem und außerkollektivem Geschäft unterschieden. Sollte die Ausgeglichenheit zwischen Bonitätsprämien und erwarteten Verlusten nicht mehr gegeben sein, sind die entsprechenden Problemkredite mit dem Lifetime Expected Loss zu hinterlegen. Die Annahme der initialen Ausgeglichenheit hatte auch zum 31.12.2023 weiterhin Bestand, die Bildung eines Management Overlays i.S.d. IDW RS BFA 7 Tz. 25 war entsprechend nicht erforderlich.

Latente Risiken aus unwiderruflichen Kreditzusagen werden mit dem beschriebenen Expected Loss Ansatz ermittelt und sind somit in der Risikovorsorge berücksichtigt.

Die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen werden vom Bestand der Forderungen an Kunden abgesetzt. Dies gilt auch für die Vorsorgereserven nach § 340 f HGB, die im Geschäftsjahr gebildet wurden.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bewertet und bei ggf. voraussichtlich dauerhafter Wertminderung um etwaige außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben.

Sonstige Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag passiviert.

Für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften werden Rückstellungen gemäß § 253 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt.

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank nach

§ 253 Abs. 2 S. 4 HGB veröffentlichten, durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Zur Berechnung einer möglichen Drohverlustrückstellung bei der verlustfreien Bewertung der zinstragenden Geschäfte des Bankbuches wird der barwertige Ansatz gem. IDW RS BFA 3 n.F. verwendet.

Die Rückstellungen für Jubiläums- und Altersteilzeitverpflichtungen wurden auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten auf der Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2018 G ermittelt.

Die Jubiläumsrückstellungen wurden unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens, einer Fluktuationsrate von 2,5 % (Vorjahr 2,5 %) und eines Rechnungszinses von 1,75 % (Vorjahr 1,45 %) gebildet. Dabei wurde der Rechnungszins für eine durchschnittliche Restlaufzeit von 15 Jahren (§ 253 Abs. 2 S. 2 HGB) zugrunde gelegt.

Die Altersteilzeitrückstellungen wurden mit einem Rechnungszins von 1,0 % (Vorjahr 0,41 %) und unter Berücksichtigung eines Gehaltstrends von 2,5 % (Vorjahr 2,5 %) berechnet. Die Abzinsung der Verpflichtungen erfolgte unter Berücksichtigung einer durchschnittlichen mittleren Restlaufzeit von einem Jahr.

Basis für die Rechnungszinssätze bildeten die von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssätze gemäß § 253 Abs. 2 Satz 4 HGB.

Die Rückstellungen für gekündigte und verjährte Bauspareinlagen werden auf Einzelebene gebildet. Die erwarteten Abflussquoten basieren auf Expertenschätzung und werden anhand der tatsächlichen Zahlungsabflüsse validiert.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

Die Gliederung der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden mit Ausnahme der Bauspareinlagen erfolgt im Folgenden nach Restlaufzeiten.

Die Übersichten über die Bewegung des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und Bausparsummen sowie die Bewegung der Zuteilungsmasse sind gesondert dargestellt.

Aktiva Pos. 1	Forderungen an Kreditinstitute					
(in TEUR)	Restlaufzeit					
	bis zu 3 Monaten	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	ant. Zinsen	Summe
andere Forderungen	75.446	–	–	50.000	1.571	127.017
darunter: Forderungen an SaarLB aus Sicht- und Terminanlagen in Höhe von 66.997 TEUR (Vorjahr: 77.359 TEUR) sowie eine Forderung von 60.020 TEUR aus einer Geldanlage über die SaarLB bei der Deutschen Bundesbank. Die Forderungen sind unverbrieft.						

Aktiva Pos. 2	Forderungen an Kunden					
(in TEUR)	Restlaufzeit					
Pos. 2a	bis zu 3 Monaten	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	ant. Zinsen	Summe
Bauspardarlehen	4.296	10.289	47.019	33.368	–	94.973
Vor- und Zwischenfinanzierungskredite	24.893	40.476	172.847	306.016	–	544.232
sonstige Baudarlehen	15.878	12.293	61.465	437.193	–	526.829
Pos. 2b						
andere Forderungen	3.320	228	370	–	–	3.918
Hierin sind keine Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten. Bei der Ermittlung der Restlaufzeit von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten wird von dem Zeitpunkt bis zur voraussichtlichen Zuteilung ausgegangen. Die Zins- und Tilgungsrückstände betragen 5.818 TEUR (Vorjahr 5.450 TEUR) .						

Aktiva Pos. 5	Anteile an verbundenen Unternehmen		
(in TEUR)	Anteil gemäß § 285 Nr. 11 HGB	Eigenkapital	Jahresergebnis 31.12.2023
LBS Immobilien GmbH, Saarbrücken	100 %	300	-58
LBS Vertriebs GmbH, Saarbrücken	100 %	25	-12
Die Angaben sind vor Ergebnisabführung. Es besteht mit beiden Gesellschaften ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Die Verluste aus den Gesellschaften werden nicht als nachhaltig angesehen, es liegt keine dauerhafte Wertminderung vor. Der Verlustausgleich aus dem Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag ist in den sonstigen Verbindlichkeiten erfasst.			

Anlagespiegel									
	hist. AK 01.01.2023	Zugänge	Abgänge	hist. AK 31.12.2023	Kum. Abschr. 01.01.2023	Zugänge	Abgänge	Kum. Abschr. 31.12.2023	Buchwert 31.12.2023
(in TEUR)									
Beteiligungen	1	–	–	1	–	–	–	–	1
Anteile an verb. Unternehmen	325	–	–	325	–	–	–	–	325
Aktien und andere nicht festv. WP	63.717	–	63.717	–	–	1.255	-1.255	–	–
Summen	64.043	–	63.717	326	–	1.255	-1.255	–	326

Im Geschäftsjahr 2023 wurde der SBLB 2 Fonds vollständig aufgelöst (05.07.2023). Der realisierte Kursverlust durch Abschreibung betrug 1.255 TEUR.

Aktiva Pos. 6	Sonstige Vermögensgegenstände
(in TEUR)	2.056
In diesem Posten sind enthalten:	
Sicherheitenkonto aus der Einlagensicherung bei der Deutschen Bundesbank	1.778
Provisionsvorschüsse Aussendienst	278

Passiva Pos. 1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
(in TEUR)	Restlaufzeit					
	bis zu 3 Monaten	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	ant. Zinsen	Summe
andere Verbindlichkeiten	25.935	51.000	115.000	16.374	1.142	209.451
Bauspareinlagen						12.868
darunter: Verbindlichkeiten an die SaarlB in Höhe von 192.481 TEUR . (Vorjahr: 195.364 TEUR).						
davon zur Refinanzierung der außerkollektiven Baudarlehen eingesetzt: 191.142 TEUR , von denen 73.142 TEUR im folgenden Jahr fällig sind.						

Passiva Pos. 2	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
(in TEUR)	Restlaufzeit					
	bis zu 3 Monaten	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	ant. Zinsen	Summe
andere Verbindlichkeiten	2.466	–	–	–	–	2.466
Bauspareinlagen						987.543
davon Bonusverpflichtungen						20.555

Passiva Pos. 3	Sonstige Verbindlichkeiten
(in TEUR)	1.999
In diesem Posten sind enthalten:	
Vermittlungsprovisionen	1.255
Kapitalertragsteuern inkl. Kirchensteuer	506
Rückzahlungen von Riesterförderungen	168
Verbindlichkeiten geg. LBS Immobilien GmbH aus EAV	58
Verbindlichkeiten geg. LBS Vertriebs GmbH aus EAV	12

Passiva Pos. 4	Rechnungsabgrenzungsposten
(in TEUR)	
Bei der Auszahlung belastete Unterschiedsbeträge zwischen Darlehen und Auszahlungsbetrag wurden auf deren Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer verteilt.	
Unterschiedsbeträge (Vorjahr: 12 TEUR)	7

Passiva Pos. 5	Rückstellungen
(in TEUR)	
In den anderen Rückstellungen sind enthalten:	
Rückstellungen für Personalaufwendungen	998
sonstige Rückstellungen	3.552
In den sonstigen Rückstellungen ist eine Rückstellung in Höhe von 1.585 TEUR für verjährte Ansprüche (Vorjahr: 952 TEUR) aus gekündigten Einlagen enthalten. Darüber hinaus ist eine Rückstellung für EDV Kosten von 858 TEUR (Vorjahr: 700 TEUR) und eine Rückstellung für Vertriebsleistungen in Höhe von 416 TEUR (Vorjahr: 1.786 TEUR) enthalten. Die Methodik der Rückstellungsbildung wurde dieses Jahr angepasst. Provisionen werden hierbei regelmäßiger unterjährig ausgezahlt.	

Passiva unter dem Strich	Andere Verpflichtungen
(in TEUR)	
Die unwiderruflichen Kreditzusagen für noch nicht ausgezahlte, bereitgestellte Baudarlehen aus Zuteilung betragen 4.937 TEUR (Vorjahr: 1.851 TEUR), aus Vor- und Zwischenfinanzierung 4.334 TEUR (Vorjahr: 12.109 TEUR) und aus sonstigen Baudarlehen 12.593 TEUR (Vorjahr: 17.247 TEUR). Die unwiderruflichen Kreditzusagen haben in der Regel eine Laufzeit bis zu einem Jahr. Aufgrund der im Rahmen der Kreditbewilligung durchgeführten Bonitätsanalyse ergeben sich keine Hinweise auf akute finanzielle Risiken.	21.864

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

GuV Pos. 7		Sonstige betriebliche Erträge
(in TEUR)		2.251
In diesem Posten sind enthalten:		
Auflösung von anderen Rückstellungen		1.204
Erträge aus der Ausbuchung verjährter, bilanziell nicht mehr belasteter Verbindlichkeiten aus gekündigten Einlagen		803

GuV Pos. 9		Sonstige betriebliche Aufwendungen
(in TEUR)		2.157
In diesem Posten sind enthalten:		
Steuerumlagen Steuerschuldner ist die SaarLB. Die anteilige Steuer der LBS Landesbausparkasse Saar wird von der SaarLB im Umlageverfahren belastet.		1.339
Aufwendungen für die Bildung anderer Rückstellungen		700

Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt			
		Geschäftsjahr 2023	Geschäftsjahr 2022
Beschäftigte insgesamt		93	87
davon:	männlich	38	35
	weiblich	55	52

Organe	
(in TEUR)	
Angaben zu den Organen der LBS Landesbausparkasse Saar sind in der Anlage enthalten. Die Gesamtbezüge des Vorstandes und des Verwaltungsrates sind im Geschäftsbericht der SaarLB dargestellt. Die Bezüge des Vorstandes werden von der SaarLB getragen.	
Kredite an:	
Mitglieder des Verwaltungsrates	462
Mitglieder des Vorstandes / der Geschäftsleitung / Personen in Schlüsselpositionen	439
Gesamtbetrag	901

Gesamthonorar des Abschlussprüfers
Die Angaben zum Abschlussprüferhonorar im Sinne des § 285 Nr. 17 HGB sind in der entsprechenden Anhangangabe der SaarLB enthalten.

Gewinnverwendung	
Es wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen	1.103

Mandate von Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien

Während des Berichtsjahres bestanden folgende Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (einschließlich aller Kreditinstitute, unabhängig von deren Rechtsform):

Frank Eloy
Saarländische Investitionskreditbank AG, Saarbrücken
mediserv Bank GmbH, Saarbrücken

Vertrauensfrau/-mann nach § 12 des Gesetzes über Bausparkassen

Iris Jung

Offenlegungsbericht

Die LBS Landesbausparkasse Saar wird in den Offenlegungsbericht der Landesbank Saar mit einbezogen.

Saarbrücken, 8. März 2024

Landesbank Saar

Der Vorstand

Dr. Thomas Bretzger

Gunar Feth

Frank Eloy

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die LBS Landesbausparkasse Saar, Saarbrücken

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der LBS Landesbausparkasse Saar, Saarbrücken, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der LBS Landesbausparkasse Saar für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der LBS Landesbausparkasse Saar zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der LBS Landesbausparkasse Saar. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EUAPrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften, Grundsätzen und Standards ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der LBS Landesbausparkasse Saar, einer nicht rechtsfähige Einheit der Landesbank Saar AÖR, unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EUAPrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

- Angemessenheit der Pauschalwertberichtigung nach IDW RS BFA 7

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Landesbank Saar für die Pauschalwertberichtigung verweisen wir auf den Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs der LBS Landesbausparkasse Saar. Bezüglich der Erläuterung des Risikomanagementsystems verweisen wir auf den Abschnitt 8.2.1 „Adressenrisiko aus Kundengeschäften“ des Risikoberichts des Lageberichts.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Die Bausparkasse weist im Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ zum Abschlussstichtag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Forderungen aus dem Kreditgeschäft (Baudarlehen) nach Risikovorsorge in Höhe von EUR 1.166 Mio sowie unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von EUR 21,9 Mio aus. Diese Bestände bilden die Basis zur Bildung der Pauschalwertberichtigung unter Beachtung der „IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung. Risikovorsorge von Pauschalwertberichtigungen für vorhersehbare, noch nicht individuell konkretisierte Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft von Kreditinstituten („Pauschalwertberichtigungen“)(IDW RS BFA 7).

Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung zur Abdeckung des latenten Ausfallrisikos von Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie unwiderruflichen Kreditzusagen erfolgt bei der Bausparkasse gemäß IDW RS BFA 7 nach einem parameterbasierten Ansatz auf Basis eines Expected-Loss-Modells. Zu den wesentlichen wertbestimmenden Annahmen und Parametern zur Bemessung dieser Ausfallrisiken zählen insbesondere die kreditnehmerspezifische Ausfallwahrscheinlichkeit, die Verlustquote bei Eintritt des Ausfallereignisses sowie Annahmen über die erwartete Abrufquote bei Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen, die in hohem Maße ermessensbehaftet sind.

Da die Schätzungen bzw. Ermessensausübungen unter Unsicherheit vorzunehmen sind und einen bedeutsamen Einfluss auf die Höhe der erforderlichen Pauschalwertberichtigung haben, war es im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung, dass die wesentlichen wertbestimmenden Annahmen und Parameter sachgerecht abgeleitet werden und ordnungsgemäß in

dem Expected-Loss-Modell verarbeitet werden, sodass den latenten Adressenausfallrisiken entsprechend der handelsrechtlichen Grundsätze einer vorsichtigen Bewertung Rechnung getragen wird.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Basierend auf unserer Risikoeinschätzung auf die Beurteilung der Fehlerrisiken haben wir unser Prüfungsurteil sowohl auf kontrollbasierte Prüfungshandlungen als auch auf aussagebezogene Prüfungshandlungen gestützt.

In einem ersten Schritt haben wir uns einen umfassenden Einblick in die Entwicklung des Kreditportfolios, die damit verbundenen adressenausfallbezogenen Risiken, die verwendeten Methoden und Modelle sowie das interne Kontrollsystem in Bezug auf die Überwachung und Bewertung der latenten Adressenausfallrisiken im Kreditportfolio verschafft.

Für die Beurteilung der Angemessenheit des internen Kontrollsystems in Bezug auf die Modellierung und Kalibrierung der wertbestimmenden Annahmen und Parameter haben wir Befragungen durchgeführt und Einsicht in die relevanten Unterlagen genommen, um die in dieser Hinsicht relevanten Kontrollen zu identifizieren. Anschließend haben wir die Angemessenheit, die ordnungsgemäße Implementierung und anhand von Stichproben die Wirksamkeit dieser Kontrollen geprüft. Unsere Prüfungshandlungen umfassten unter anderem Kontrollen hinsichtlich der Herleitung, Validierung und Genehmigung der verwendeten Parameter sowie der ordnungsgemäßen Anwendung der eingerichteten Ratingverfahren, um eine unter kaufmännischen Gesichtspunkten sachgerechte Schätzung der kreditnehmerindividuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten zu ermöglichen. Für die dabei zum Einsatz kommenden IT-Systeme haben wir die Angemessenheit des IT-Umfelds sowie die Wirksamkeit der allgemeinen IT-Kontrollen unter Einbindung unserer IT-Spezialisten überprüft. Sofern wir Feststellungen zur Angemessenheit oder Wirksamkeit einzelner Kontrollen getroffen haben, haben wir Art und Umfang aussagebezogener Prüfungshandlungen erweitert.

Darauf aufbauend haben wir in einem zweiten Schritt aussagebezogene Prüfungshandlungen vorgenommen, die u. a. das Nachvollziehen der Validierungsergebnisse der eingesetzten Risikoklassifizierungsmodelle, die stichprobenartige Überprüfung der Datenqualität der zur PWB-Berechnung verwendeten Parameter sowie die Nachberechnung des PWB-Berechnungsmodells beinhaltete.

Abschließend haben wir die zutreffende Erfassung der Pauschalwertberichtigung im Rechnungslegungssystem und im Abschluss der Bausparkasse geprüft.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die der Bewertung der Pauschalwertberichtigung nach IDW RS BFA 7 zugrunde liegenden wesentlichen wertbestimmenden Annahmen und Parameter wurden sachgerecht hergeleitet und ordnungsgemäß in dem PWB-Berechnungsmodell im Einklang mit anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen einer vorsichtigen Bewertung verarbeitet.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LBS Landesbausparkasse Saar, einer nicht rechtsfähigen Einheit der Landesbank Saar AöR, vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der LBS Landesbausparkasse Saar zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der LBS Landesbausparkasse Saar vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat der Landesbank Saar AöR ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der LBS Landesbausparkasse Saar zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der LBS Landesbausparkasse Saar vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen

gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen

Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der LBS Landesbausparkasse Saar abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der LBS Landesbausparkasse Saar zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die LBS Landesbausparkasse Saar ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung

ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LBS Landesbausparkasse Saar vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der LBS Landesbausparkasse Saar.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert

haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 4. Oktober 2022 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 27. Oktober 2023 vom Verwaltungsrat der Landesbank Saar AöR beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2019 als Abschlussprüfer der LBS Landesbausparkasse Saar tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Klaus-Ulrich Pfeiffer.

Saarbrücken, den 13. März 2024

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Pfeiffer
Wirtschaftsprüfer

Ketzler
Wirtschaftsprüfer

Vorstand

der Landesbank Saar

Dr. Thomas Bretzger

Vorsitzender des Vorstandes

Gunar Feth

Stellvertretender Vorsitzender
des Vorstandes

Frank Eloy

Mitglied des Vorstandes

Geschäfts- leitung

der LBS Landesbausparkasse Saar

Sascha Matheis

Sprecher der Geschäftsleitung

Nathalie Elz

Mitglied der Geschäftsleitung

Verwaltungsrat

Jan-Christian Dreesen

Vorsitzender des Vorstandes
FC Bayern München AG
Vorsitzender

Jürgen Barke

Minister
Ministerium für Wirtschaft, Innovation,
Digitales und Energie, Saarland

Stefan Crohn

Ministerium der Finanzen
Rheinland-Pfalz

Frank Humburg

Bankangestellter
Landesbank Saar

Thomas Schuh

Bankangestellter
Landesbank Saar

Jakob von Weizsäcker

Minister
Minister der Finanzen und für
Wissenschaft, Saarland

Cornelia Hoffmann-Bethscheider

Präsidentin
Sparkassenverband Saar
Stellvertretende Vorsitzende

Sarah Bennoit

Bankangestellte
Landesbank Saar

Stefan Götz

Bankangestellter
Landesbank Saar

Daniela Schlegel-Friedrich

Landrätin
Landkreis Merzig-Wadern

Prof. Dr. Wolfgang Wegener

Co-Chief Executive Officer
Becker Mining Systems AG

Stephan Wilcke

Unabhängiger Berufsaufsichtsrat

Beauftragter der Aufsichtsbehörde:

Viviane Kerger

Ministerium für Wirtschaft, Innovation,
Digitales und Energie, Saarland

Gesamtbestand

LBS Bestandsbewegungen 1. Januar bis 31. Dezember 2023

I. Übersicht über die Bewegung des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres	87.948	4.689.476	4.816	206.392	92.764	4.895.868
B. Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	6.837	437.276	0	0	6.837	437.276
2. Übertragung	660	28.929	92	12.160	752	41.089
3. Zuteilungsverzicht, Widerruf d. Zut.	2.583	67.688	0	0	2.583	67.688
4. Teilung	35	0	0	0	35	0
5. Zuteilung	0	0	5.800	235.927	5.800	235.927
6. Sonstige	135	8.044	120	4.260	255	12.304
Insgesamt:	10.250	541.937	6.012	252.347	16.262	794.284
C. Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung	5.800	235.927	0	0	5.800	235.927
2. Herabsetzung	0	4.191	0	45	0	4.236
3. Auflösung	5.144	208.224	1.186	35.407	6.330	243.631
4. Übertragung	660	28.929	92	12.160	752	41.089
5. Zusammenlegung	82	0	0	0	82	0
6. Vertragsablauf	0	0	602	20.571	602	20.571
7. Zuteilungsverzicht, Widerruf d. Zut.	0	0	2.583	67.688	2.583	67.688
8. Sonstige	135	8.736	0	0	135	8.736
Insgesamt:	11.821	486.007	4.463	135.871	16.142	616.151
D. Reiner Zugang/Abgang	-1.571	55.930	1.549	116.476	-22	172.406
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	86.377	4.745.406	6.365	322.868	92.742	5.068.274
II. Bestand an nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 01.01.2023	2.100	148.014				
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr	3.177	214.756				
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Bestandes						
bis EUR 10.000	18.001	177.689				
über EUR 10.000 bis EUR 25.000	23.624	467.886				
über EUR 25.000 bis EUR 150.000	39.187	2.528.567				
über EUR 150.000 bis EUR 500.000	5.268	1.220.348				
über EUR 500.000	297	350.916				
Insgesamt:	86.377	4.745.406				
IV. Die durchschnittliche Bausparsumme						
am Ende des Geschäftsjahres betrug:					EUR	54.649

Bewegung der Zuteilungsmasse 2023

A. Zuführungen	TEUR
I. Vortrag aus dem Vorjahr (Überschuss): noch nicht ausgezahlte Beträge	932.230
II. Zuführungen im Geschäftsjahr	
1. Sparbeträge (einschl. verrechneter Wohnungsbauprämien)	162.502
2. Tilgungsbeträge * (einschl. verrechneter Wohnungsbauprämien)	15.628
3. Zinsen auf Bauspareinlagen	6.296
4. Fonds zur baupartechnischen Absicherung	0
	Summe: 1.116.656
B. Entnahmen	
I. Entnahmen im Geschäftsjahr	
1. Zugeteilte Summen, soweit ausgezahlt	
a) Bauspareinlagen	80.550
b) Baudarlehen	69.926
2. Rückzahlung von Bauspareinlagen auf noch nicht zugeteilte Bausparverträge	60.921
3. sonstige	
a) Gebühren und sonstige Abgänge	0
II. Überschuss der Zuführungen (noch nicht ausgezahlte Beträge) am Ende des Geschäftsjahres**	905.259
	Summe: 1.116.656

Anmerkungen:

* Tilgungsbeträge sind die auf die reine Tilgung entfallenden Anteile der Tilgungsbeiträge.

** In dem Überschuss der Zuführungen sind u. a. enthalten:

a) die noch nicht ausgezahlten Bauspareinlagen der zugeteilten Bausparer	3.762
b) die noch nicht ausgezahlten Baudarlehen aus Zuteilungen	1.174

Bericht des Verwaltungsrates

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat der Verwaltungsrat die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat auch im Jahr 2023 regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Entwicklung der Bank und der Landesbausparkasse informiert. Themenschwerpunkt war weiterhin die Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges auf die Gesamtwirtschaft sowie insbesondere die Bank. Darüber hinaus hat sich der Verwaltungsrat auch mit den Auswirkungen des Zinsanstieges auf die Bank sowie mit strategischen Themen und Zukunftsthemen befasst. Die Geschäftspolitik der Landesbank Saar und grundsätzliche Fragen der Unternehmensentwicklung wurden zwischen Verwaltungsrat und Vorstand intensiv erörtert. Der Verwaltungsrat war in Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung eingebunden und hat – soweit erforderlich – seine Zustimmung erteilt.

Darüber hinaus stand der Vorsitzende des Verwaltungsrates sowie auch viele Mitglieder in regelmäßigem und intensivem Austausch mit dem Vorstand der SaarLB.

Im Berichtsjahr fand sich der Verwaltungsrat zu insgesamt vier Sitzungen zusammen. Die gemäß Ziffer 72 des Public Corporate Governance Kodex des Saarlandes erforderliche Darstellung der Sitzungsteilnahme an den Verwaltungsratssitzungen und seinen Ausschüssen ist als Anlage beigefügt. In allen Sitzungen hat der Vorstand zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bank und der Landesbausparkasse informiert. Hierunter fallen auch die Entwicklung von Erträgen und Aufwendungen, die Risikosituation und die Kapitalquoten. Die vierteljährlichen MaRisk-Risikoberichte wurden nach Erörterung durch den Risikoausschuss dem Verwaltungsrat regelmäßig zur Kenntnis gegeben. Darüber hinaus haben die Ausschussvorsitzenden regelmäßig über die Arbeit in den Ausschüssen informiert. An allen Sitzungen des Verwaltungsrates hat regelmäßig auch die Sparkassenaufsicht teilgenommen. Weitere Themenschwerpunkte waren die kontinuierliche Berichterstattung über die neu gestartete Initiative perspective2025, eine Aktualisierung der Satzung sowie die damit verbundenen Anpassungen der Geschäftsordnungen von Ausschüssen des Verwaltungsrates.

Nachfragen des Verwaltungsrates hat der Vorstand unverzüglich und zur Zufriedenheit des Verwaltungsrates beantwortet.

Im Rahmen eines elektronischen Umlaufverfahrens erfolgte mit Beschluss vom 03.02.2023 eine Anpassung der Geschäftsanweisung für den Vorstand aufgrund des Ausscheidens eines Vorstandsmitgliedes zum 31.01.2023.

In der Sitzung am 14.04.2023 berichteten der Vorstand und die Jahresabschlussprüfer umfassend zum Geschäftsjahr 2022. Auf Basis der Empfehlung des Prüfungsausschusses stellte der Verwaltungsrat den Jahresabschluss der Bank und der Landesbausparkasse fest. Die gesonderte nichtfinanzielle Erklärung sowie den zugehörigen Prüfungsbericht der Internen Revision nahm der Verwaltungsrat zur Kenntnis. Des Weiteren nahm der Verwaltungsrat von den im Zusammenhang mit dem Ausscheiden eines Vorstandsmitgliedes stehenden Umverteilungen im Geschäftsverteilungsplan sowie von einem OpRisk-Schadensfall Kenntnis.

In der Sitzung am 29.06.2023 befasste sich der Verwaltungsrat mit den MaRisk-Risikoberichten der Bank und der LBS zum 31.03.2024. Des Weiteren nahm der Verwaltungsrat Kenntnis von der Kapitalentwicklung im bisherigen Jahresverlauf. Weitere Themen waren Berichte zum Benchmarking, zur Initiative perspective2025 sowie zu den aktuellen DSGVO-Beschlüssen im Rahmen des IPS Deep Dive.

In der September-Sitzung am 13.09.2023 befasste sich der Verwaltungsrat unter anderem mit dem Halbjahresabschluss der Bank. Darüber hinaus nahm der Verwaltungsrat Kenntnis vom aktuellen Stand der Initiative perspective2025 sowie über den Sachstand zum IPS Deep Dive; der Verwaltungsrat empfahl der Hauptversammlung, den Gremienvorbehalt der hierzu Ende Juni getroffenen DSGVO-Beschlüsse aufzuheben.

Schwerpunktthemen der November-Sitzung am 23.11.2023 waren die Erörterung und Kenntnisnahme der Geschäfts- und Risikostrategie sowie der

IT-Strategie für das Jahr 2024 sowie die Verabschiedung der Planung für das Jahr 2024. Darüber hinaus erörterte der Verwaltungsrat die Ergebnisse der jährlichen Evaluierung des Verwaltungsrates sowie den Bericht zu den Sonderprüfungen.

Der Risikoausschuss traf sich im Berichtsjahr zu vier Sitzungen. Er befasst sich mit allen wesentlichen Fragen in Zusammenhang mit der Risikostrategie und Risikosituation von Bank und Landesbausparkasse. Im Rahmen der regelmäßigen Risikoanalyse des Kreditportfolios befasste sich der Risikoausschuss mit den Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges sowie weiteren diversen Schwerpunktthemen, unter anderem der Analyse der Zinsabläufe Immobilien, dem Bereich Automotive, der Baubranche, den kommunalen Unternehmen sowie den gewerblichen Immobilienfinanzierungen. Der Vorstand hat regelmäßig mit dem Risikoausschuss die MaRisk-Risikoberichte von Bank und Landesbausparkasse besprochen. Der Risikoausschuss beschloss die zustimmungsbedürftigen Einzelkredite und überwachte die Übereinstimmung der Konditionen im Kundengeschäft mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur der Bank. Darüber hinaus überprüfte er, dass die durch das Vergütungssystem gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der SaarLB sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit von Einnahmen angemessen berücksichtigen.

Der Prüfungsausschuss tagte im Berichtszeitraum zweimal und behandelte in den Sitzungen insbesondere Fragen der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses. Er überwachte die Abschlussprüfung und die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. Der Prüfungsausschuss erörterte mit dem Vorstand die Berichte der Internen Revision, den Bericht zur Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie sonstiger strafbarer Handlungen, den Bericht zur Compliance-Funktion gemäß WpHG, den Bericht zur MaRisk-Compliance-Funktion, den Bericht der betrieblichen Datenschutzbeauftragten und den Bericht über das Informationssicherheitsmanagement. Darüber hinaus beschäftigte sich der Prüfungsausschuss in seinen Sitzungen mit einem OpRisk-Schadensfall sowie

Berichten zum rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystem, zu Nichtprüfungsleistungen sowie zu einer BaFin-Sonderprüfung gemäß § 44 Abs. 1 Satz 2 KWG zum IRB-Ansatz Ratingsystem Länder- und Transferrisiko. Des Weiteren nahm der Prüfungsausschuss Anfang November im Rahmen eines elektronischen Umlaufverfahrens Kenntnis vom Prüfungsbericht des Wertpapierdienstleistungsgeschäfts nach § 89 Abs. 1 WpHG und stimmte dem Vorschlag zur Berichterstattung über die Abarbeitung der Feststellungen aus dieser Prüfung zu.

Themenschwerpunkte des Vergütungskontrollausschusses sowohl in der April- als auch in der Novembersitzung waren Aktualisierungen der Risikoträgeranalyse sowie weitere Änderungen beziehungsweise Ergänzungen des Vergütungssystem für Mitarbeiter und Risikoträger.

Die Weiterbildung der Mitglieder des Verwaltungsrates im Jahr 2023 erfolgte im Juni durch einen bankinternen Referenten zum Thema „Status Quo der Cybersicherheit“ und im Dezember durch Referenten der KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zu den Themen „Prioritäten der Bankenaufsicht 2024“, „Herausforderungen des EU-Bankenpaketes (CRR III, CRD VI) – Eigenmittelausstattung und Unternehmensführung“ sowie „ESG-Reporting (CSRD)“.

Die Organe der Bank haben in ihren Sitzungen am 22. März 2024 die Einhaltung der unternehmenseigenen Corporate Governance-Grundsätze, zu denen sich die SaarLB freiwillig verpflichtet hat, erörtert und festgestellt, dass keine Anhaltspunkte bekannt sind, die im Geschäftsjahr 2023 einer Einhaltung dieser Grundsätze widersprechen.

Den Lagebericht und den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 sowie den Vorschlag für die Gewinnverwendung hat der Verwaltungsrat mit dem Vorstand beraten.

Jahresabschluss und Lagebericht zum 31. Dezember 2023 wurden durch den Abschlussprüfer, die KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft und

erhielten den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Der Verwaltungsrat hat das Prüfungsergebnis zustimmend zur Kenntnis genommen und den HGB-Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 am 22. März 2024 festgestellt. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt.

Im Namen der Mitglieder des Verwaltungsrates danke ich den Kunden und Geschäftspartnern der SaarLB und der Landesbausparkasse für das entgegengebrachte Vertrauen in diesem erneut durch Krisen und Inflation belasteten Geschäftsjahr. Darüber hinaus dankt der Verwaltungsrat den Mitgliedern des Vorstandes und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SaarLB und der Landesbausparkasse für die im Geschäftsjahr 2023 geleistete Arbeit und ihren großen persönlichen Einsatz.

Saarbrücken, 22. März 2024

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates
Jan-Christian Dreesen

Gremiensitzungen 2023

Sitzungsteilnahme

Name		VR 14.04.	VR 29.06.	VR 13.09.	VR 23.11.	PrüfA 14.04.	PrüfA 13.09.	VergkA 14.04.	VergkA 23.11.	RA 14.04.	RA 29.06.	RA 13.09.	RA 23.11.
Mitglieder Verwaltungsrat und Ausschüsse	Barke, Jürgen	x	—	x	x	o	o	x	x	x	—	x	x
	Bennoit, Sarah	x	x	x	x	o	o	x	x	o	o	o	o
	Crohn, Stefan	x	x	x	—	o	o	o	o	Gast	o	o	o
	Dreesen, Jan-Christian	x	x	—	x	x	x	x	x	x	x	—	x
	Götz, Stefan	x	x	x	x	o	o	x	x	o	o	o	o
	Hoffmann-Bethscheider, Cornelia	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
	Humburg, Frank	x	x	x	x	o	o	o	o	x	x	x	x
	Schlegel-Friedrich, Daniela	x	—	x	x	o	o	o	o	x	—	x	x
	Schuh, Thomas	x	x	x	x	x	x	o	o	o	o	o	o
	Wegner, Prof. Dr. Wolfgang	x	—	x	x	o	o	o	o	o	o	o	o
	von Weizsäcker, Jakob	x	x	x	—	o	o	x	—	x	x	x	—
Wilcke, Stephan	x	x	—	x	x	—	Gast	Gast	x	x	—	x	

Teilnahme: x

keine Teilnahme, entschuldigt: —

Nicht Mitglied des Gremiums: 0

Gewinnverwendungsbeschluss

Der Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2023 in Höhe von EUR 1.102.500,00 wird den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

Impressum

Herausgeber:
LBS Landesbausparkasse Saar
Beethovenstraße 35 – 39
66111 Saarbrücken

Redaktion:
Landesbank Saar
Personal und Kommunikation
E-Mail: service@saarlb.de

Gestaltung:
FBO • Marketing und Digitales Business
Heinrich-Barth-Straße 27
66115 Saarbrücken

Druck:
repa druck GmbH
Zum Gerlen 6
66131 Saarbrücken

Fotos:
LBS Saar/Manuela Meyer, iStock







Adresse:

Beethovenstraße 35 – 39
66111 Saarbrücken

Postfachadresse:

Postfach 10 19 62
66019 Saarbrücken

Telefon: +49 681 383-290

Telefax: +49 681 383-2100

Internet: www.lbs-saar.de

E-Mail: service@lbs-saar.de